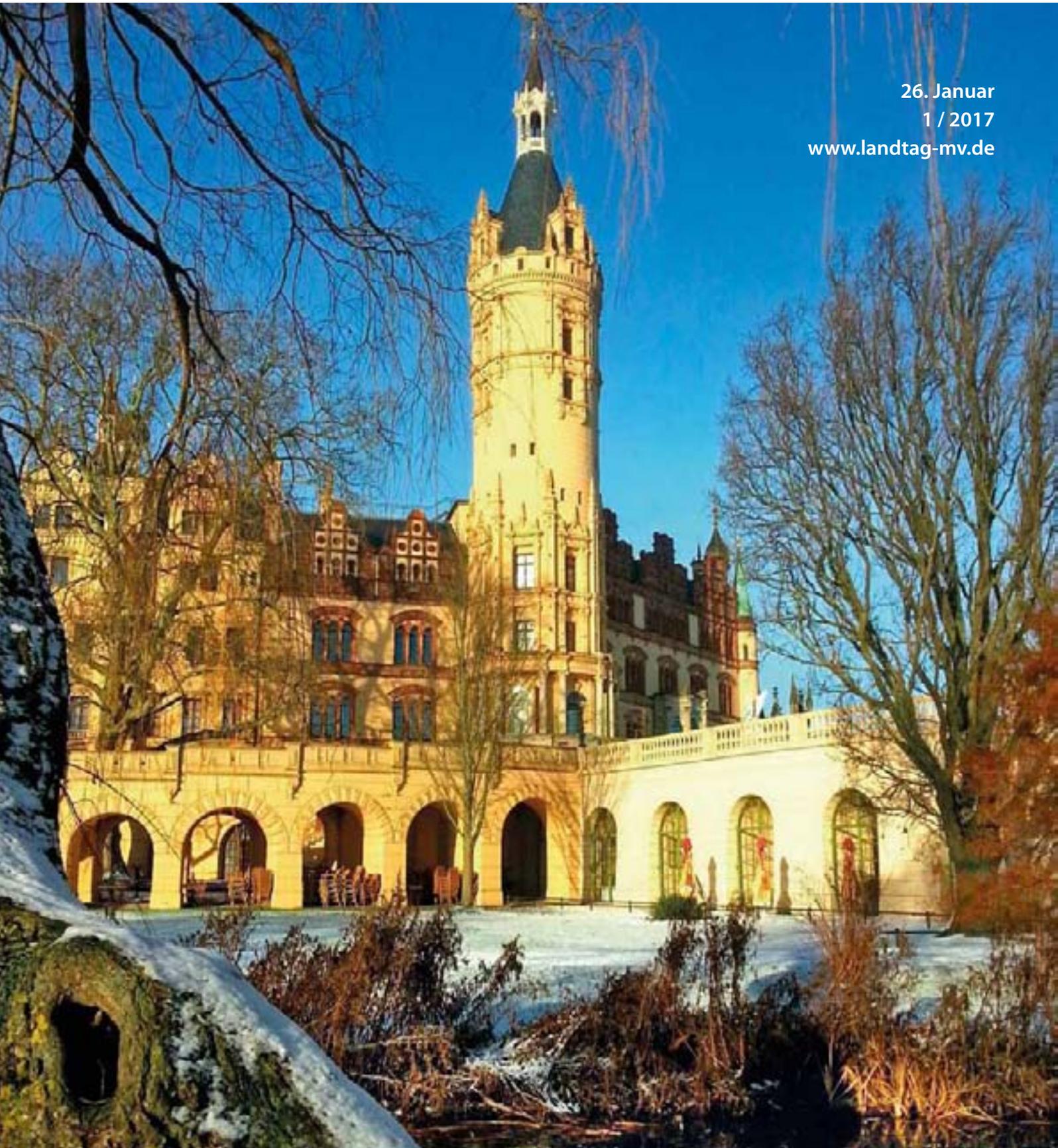


26. Januar
1 / 2017

www.landtag-mv.de



+++ Originaldebatte zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten +++ Geflügelpest in M-V +++ Gynäkologie und Pädiatrie im Krankenhaus Wolgast +++ Finanzierung der Schulsozialarbeit +++ MV-Delegierte zur Wahl des Bundespräsidenten +++ Sondersitzung: Innere Sicherheit in M-V / Soforthilfen für Sturmschäden +++ FSJ im Landtag +++



Titelfoto (Landtag M-V): Winterlicher Burggarten des Schweriner Schlosses

3	Gastkolumne	Andreas Ebel, Chefredakteur der Ostsee-Zeitung, über politische Streitkultur und die Verantwortung der Medien
4 – 26	AUS DEM PLENUM	
4 – 17	Original-Debatte	Regierungserklärung des Ministerpräsidenten
17 – 20	Berichte	Aussprache zur Geflügelpest Gynäkologie und Kinderklinik am Kreiskrankenhaus Wolgast Finanzierung der Schulsozialarbeit Wahl der MV-Delegierten zur 16. Bundesversammlung
24	Weitere Beschlüsse	Rundfunkstaatsvertrag Wahl des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Landesverfassungsschutzgesetz Beschlüsse der Ostseeparlamentarierkonferenz Riga Wahl eines Mitglieds im Verwaltungsrat der Landesforstanstalt Wahl der Mitglieder des SOG-Gremiums und der G 10-Kommission
25 – 26	Sondersitzung	Aussprache zur Terrorgefahr und inneren Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern Soforthilfen für Sturmschäden an der Ostseeküste
27	PANORAMA	Ein Jahr - viele Erfahrungen. Ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) im Landtag
28	CHRONIK	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Warum 2017 so wichtig wird

„Kaum ist ein Wahlkampf vorbei, kommt schon der nächste“, seufzt so mancher Kommunalpolitiker an der Basis, der gerade den Landtagswahlkampf hinter sich und nun den Bundestagswahlkampf vor der Brust hat.

Dabei kann eigentlich nie genug Wahlkampf sein. Das Benennen der Probleme, das Einbeziehen der Menschen und das Ringen zwischen den politischen Kräften um die beste Problemlösung sind so wichtig. Aber bitte anders als bisher. Mit Floskeln und Pauschalkritiken überfrachtete Debatten bringen keinen weiter und sorgen für Verdross.

Wir brauchen eine neue politische Streitkultur und eine andere Art und Weise, wie wir Journalisten darüber berichten. Politik kann wieder mehr Freude machen und die Menschen begeistern, wenn die Parteien sich deutlicher zu den Problemen positionieren. Nicht nur mit markigen Sätzen, sondern mit schlüssigen Konzepten, die sich deutlich von der politischen Konkurrenz unterscheiden.

// Die Wächterfunktion der Medien ist wichtiger denn je. //

Ein Umdenken braucht es auch bei uns Medienmachern. In der politischen Berichterstattung müssen viele Beiträge noch intensiver recherchiert werden, um hintergründig für die Leser, Zuhörer oder Fernsehzuschauer zu berichten. Auch ist es wichtig, die Bürger mit ihren Meinungen und Stimmungen noch stärker in die Berichterstattung zu integrieren, als es bisher schon geschieht. Ein platter verbaler Schlagabtausch, ein Aneinanderreihen von Zitaten genügt nicht mehr, lässt die Bürger mit Fragezeichen und Frust zurück. Hier sitzen Politiker und Journalisten in einem Boot.



Foto: Frank Söllner

Andreas Ebel ist seit 2012 Chefredakteur der OSTSEE-ZEITUNG. Zuvor war er zehn Jahre Chef der OZ-Lokalausgabe Rostock. Nach seinem BWL-Studium in Lüneburg arbeitete Ebel als freier Journalist unter anderem bei der Bergedorfer Zeitung (Hamburg) und den Lübecker Nachrichten.

Wir haben die Pflicht, unseren Lesern und Wählern in einer politisch immer komplizierter werdenden Welt die Zusammenhänge gut zu erklären, die Folgen und unterschiedlichen Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Hintergründig und fundiert.

Die Wächterfunktion der Medien ist wichtiger denn je. In diesen Tagen, in denen immer häufiger Fälle von falschen, im Internet und in den sozialen Medien verbreiteten Nachrichten bekannt werden, schlägt die Stunde des guten Journalismus.

2017 ist deshalb ein so wichtiges Jahr für die Politik und die Medien, weil es zeigen wird, ob wir einen auf Fakten basierenden Bundestagswahlkampf erleben werden mit profilierten, hart an der Sache aber fairen Debatten oder eine von Falsch- und Panikmeldungen bestimmte Schlammschlacht.

Es ist das Jahr der Demokraten und das Jahr des Journalismus.

Andreas Ebel

Schlagabtausch zum Regierungskurs

Ministerpräsident stellt Ziele für die neue Wahlperiode vor /
Opposition kritisiert mangelnde Problemlösung

Wirtschaft. Infrastruktur. Familien. Bildung. Sozialer Zusammenhalt. Solide Finanzen. Für Ministerpräsident Erwin Sellering bleiben das auch in den kommenden fünf Jahren „die wichtigsten Schwerpunkte“ der Regierungsarbeit. Er verstehe das Wahlergebnis nicht als Auftrag, „künftig alles anders zu machen“. Gleichwohl brauche es aber auch „neue Akzente“, um das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen, sagte er in seiner Regierungserklärung. Zu Beginn einer neuen Wahlperiode ist es Tradition, dass der Ministerpräsident die wichtigsten Ziele seiner Regierung vorstellt. Auf Sellerings Rede folgte eine hitzige mehrstündige Debatte. Die Redner der Koalition stärkten Sellering den Rücken. Die AfD dagegen sprach von einer „Wischiwaschi“-Politik. Die Linken warfen der Regierung vor, drängende Problemlösungen auf die lange Bank zu schieben.

Die Landtagswahl sei von zwei gegenläufigen Stimmungen geprägt gewesen, resümierte **Erwin Sellering**. Eine klare Mehrheit der Menschen sehe das Land und seine Regierung „auf dem richtigen Weg“. Aus dem Wahlergebnis resultiere für ihn daher „vor allem der Auftrag, das, was in den letzten Jahren erfolgreich war, fortzuführen“.

Dazu gehöre, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auf den ersten Arbeitsmarkt auszurichten, Familien zu stärken,

Kitas und Schulen weiter zu verbessern, den sozialen Zusammenhalt zu stärken, Ältere zu unterstützen und eine solide Finanzpolitik zu betreiben.

Gleichzeitig sei bei der Wahl aber auch großer Unmut deutlich geworden. „Die Flüchtlingsfrage hat eine tiefe Spaltung und Verunsicherung in unserer Gesellschaft bewirkt.“ Bei aller Selbstverständlichkeit, in Not geratenen Menschen helfen zu müssen, sei es ein Fehler vom Bund



Die Zehntklässler aus Burg Stargard hatten Glück – sie erlebten die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten live.

Foto: Uwe Sinnecker

gewesen, „über Monate hinweg unbegrenzt und unkontrolliert eine große Zahl von Flüchtlingen“ einreisen zu lassen. Mit der Kreisgebiets- und der Gerichtsstrukturreform seien „schwierige und kontrovers diskutierte“ Reformen hinzugekommen. All das habe dazu beigetragen, dass die AfD nun im Landtag sitze. Von ihr verlangte SELLERING eine klare Entscheidung: „Wollen Sie sachlich mitarbeiten? Oder sehen Sie Ihre Aufgabe darin, Unmut zu schüren und Hass zu verbreiten? Die Signale aus Ihren Reihen sind unterschiedlich.“

Mit Sorge sehe er die „wachsende Polarisierung“ der Gesellschaft. Um das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen, wolle seine Regierung „neue Akzente“ setzen. Insbesondere „mehr Bürgernähe“. Deshalb soll es zusätzlich zu seiner monatlichen Bürgersprechstunde auch halbjährliche Bürgerforen mit allen Ministerinnen und Ministern geben. Zudem kündigte SELLERING die Einführung von Volksbefragungen und ein stärkeres Augenmerk auf strukturschwache Regionen an.

Zusammengenommen stehe der Koalitionsvertrag also „für Kontinuität und für Wandel – und zwar in genau dem richtigen Verhältnis und auf genau den richtigen Politikfeldern“, so SELLERING.

Die Opposition sah das anders. **Leif-Erik Holm**, Fraktionsvorsitzender der AfD, sprach von einem „klassischen Fehlstart“ der Regierung. Die abgesteckten Ziele seien nichts weiter als „Wischiwaschi“. „Viele Absichtserklärungen und wenig Konkretes.“

Statt konsequent zu handeln, wimmele es im Koalitionsvertrag von Prüfvorhaben, kritisierte auch **Simone Oldenburg**. Das bringe niemanden voran, so die Fraktionschefin der Linken. Kritisch bewertete sie auch die „Versorgungsposten für Parteifreunde“. „Davon hätten Sie fast 100 Arbeitsplätze für die Menschen schaffen können.“

„Ich bezweifle, dass der Weg aus der Krise über eine Fundamentalopposition führt“, hielt SPD-Fraktionsvorsitzender **Thomas Krüger** den Rednern von AfD und LINKE entgegen und betonte die Bereitschaft seiner Fraktion zur konstruktiven Zusammenarbeit.

Vincent Kokert, Fraktionschef der Christdemokraten, zeigte sich „guten Mutes“, dass es der Koalition mit ihrer Politik in den kommenden fünf Jahren gelingen werde, „verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen“.

Video und Wortprotokoll



Die LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte. Die komplette Debatte kann man sich auf dem youtube-Kanal des Landtages ansehen oder auf der Website im Wortprotokoll nachlesen.

Ministerpräsident Erwin Sellering:

„Solide Finanzpolitik fortsetzen“



Foto: Uwe Sinnecker

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Landtag hat mich am 1. November mit seiner Mehrheit erneut in das Amt des Ministerpräsidenten gewählt. Ich danke sehr herzlich für das Vertrauen und für die Unterstützung, und ich sage zu, ich werde all meine Kraft dazu einsetzen, dass sich unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern auch in den kommenden Jahren gut entwickelt. Ich lade Sie, meine Damen und Herren, und vor allem die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, ein, dabei mitzuwirken, sich mit eigenen Ideen einzubringen, Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Lassen Sie uns Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam auf gutem Kurs halten!

Meine Damen und Herren, es ist in Deutschland eine gute Tradition im Bund wie in den Ländern, dass der Regierungschef zu Beginn einer neuen Wahlperiode eine Regierungserklärung abgibt und die wichtigsten Ziele und Maßnahmen der neuen Regierung vorstellt. [...]

„ Lassen Sie uns
Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam
auf gutem Kurs halten! „

Erstens. Wirtschaft und gute Arbeit

Das Wichtigste ist auch in den kommenden fünf Jahren, das Land wirtschaftlich weiter voranzubringen, damit Arbeitsplätze entstehen, gesichert werden und vor allem, dass das Lohnniveau weiter steigt. Das ist der beste Weg für unser Land, auch der beste Weg zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut, meine Damen und Herren.

Vor dem Hintergrund der zurückgehenden Fördermittel ist es dafür erforderlich, dass wir bei der Wirtschaftsförderung einen klaren Schwerpunkt bei den Branchen setzen, in denen wir besonders gute Zukunftschancen haben. Das sind die, in denen unser Land traditionell stark ist, wie der Tourismus, die Land- und Ernährungswirtschaft sowie die maritime Wirtschaft, einschließlich der Häfen. Dazu gehören aber auch die modernen Zukunftsbranchen, von der Windenergie-Industrie über die Gesundheitswirtschaft, Kreativwirtschaft, IT-Bereich bis zu Automobil- und Luftfahrtzulieferern. Insgesamt, darüber sind wir uns alle klar, bilden Handwerk und gewerblicher Mittelstand das Rückgrat unserer Wirtschaft und brauchen unsere besondere Unterstützung. [...]

Wirtschaftsförderung ist dabei für uns kein Selbstzweck. Es geht uns bei allen Maßnahmen um die Sicherung und die Schaffung von Arbeitsplätzen, um gute Arbeitsplätze mit fairen Löhnen und guten Bedingungen. Deshalb werden wir zu Beginn der Wahlperiode mit den Gewerkschaften und den Unternehmervvertretern darüber sprechen, wie wir die Wirtschaftsförderung noch stärker auf die Schaffung unbefristeter, sozialversicherungspflichtiger und tarifgebundener Arbeitsplätze ausrichten können. [...]

Der zweite Punkt ist die Infrastruktur, meine Damen und Herren. Aus zwei Gründen ist sie wichtig für unser Land. Sie ist Voraussetzung dafür, dass sich die Wirtschaft weiter gut entwickelt, und sie ist von großer Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger, ein entscheidender Faktor für Lebens-

qualität. Deshalb sind Ausbau und Erhalt der Infrastruktur der zweite Schwerpunkt unserer Regierungsarbeit in den kommenden fünf Jahren.

Das gilt für den Straßenbau: Da wollen wir mit der A 14 bis zur Landesgrenze nach Sachsen-Anhalt und der B 96n auf Rügen zwei wichtige Projekte fertigstellen. Zugleich wird es darum gehen, die ersten Projekte auf den Weg zu bringen, deren Aufnahme in den neuen Bundesverkehrswegeplan wir erreicht haben, der bis 2030 gilt. Natürlich werden wir verstärkt in den Erhalt von Autobahnen und Straßen investieren. [...]

Das gilt außerdem für unsere Häfen: Sie sind nicht nur Umschlagplatz und Anlaufplatz für Fähr- und Kreuzfahrtschiffe, sie zählen heute auch zu den wichtigsten Industriestandorten. Deshalb werden wir die Häfen im Land weiter ausbauen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die im Verkehrswegeplan 2030 vorgesehenen Vertiefungen der Fahrrinnen zu den Häfen Rostock und Wismar zügig umgesetzt werden. Wir werden die Hafeninfrastruktur weiter modernisieren. Sie alle wissen, das ist ein ganz wichtiger Punkt für die Ansiedlung von Unternehmen, und dafür wollen wir noch zusätzliche Flächen schaffen. [...]

Schließlich gilt das für die digitale Infrastruktur: Ich bin stolz darauf, dass Mecklenburg-Vorpommern in den ersten beiden Runden des Bundesprogramms zum Ausbau der digitalen Infrastruktur so sehr erfolgreich war, weit mehr als jedes andere Bundesland. Ich bin sehr dankbar, dass der vorherige Landtag quasi als letzte Entscheidung

Foto: Jens Büttner



Als ein wichtiges Vorhaben bei der Weiterentwicklung der Infrastruktur nannte Sellering den Ausbau der Häfen.

vor der Wahl sichergestellt hat, dass wir alle diese Projekte kofinanzieren können. Wir werden dafür auf die Rücklagen des Landes zurückgreifen, aber ich bin davon überzeugt, das ist gut investiertes Geld. Wir brauchen schnelles Internet überall bei uns in Mecklenburg-Vorpommern.

Dritter Punkt sind Familien und Kinder. Die Landesregierung hatte bereits in den vergangenen beiden Wahlperioden einen Schwerpunkt beim Thema Familien und Kinder gesetzt. Mit einer Vielzahl von Maßnahmen haben wir vor allem die Kitas im Land verbessert.

Ich will davon noch einmal einiges in Erinnerung rufen. Wir haben über einen Zuschuss die Elternbeiträge in der Krippe und im letzten Kindergartenjahr abgesenkt. Wir haben den Betreuungsschlüssel im Kindergarten von 1:18 schrittweise auf 1:15 verbessert, damit die Erzieherinnen und Erzieher mehr Zeit für jedes einzelne Kind haben. Hinzu kommen mehr Vor- und Nachbereitungszeiten, eine besondere Förderung von Kitas in Brennpunkten, mehr Qualität in der vorschulischen Bildung.

Wir wollen in dieser Wahlperiode weitere Schritte gehen, um die Kinderbetreuung im Land zu verbessern. Wir werden ein 30-Millionen-Paket für die Kitas auflegen. Damit werden wir die Elternbeiträge in Krippe und Kindergarten über einen Zuschuss um 50 Euro pro Kind und Monat absenken. 600 Euro pro Jahr, das ist schon was. Wir werden außerdem die Familien, die besonders hohe Lasten zu tragen haben, weil sie für zwei oder mehr Kinder den Elternbeitrag zahlen müssen, noch zusätzlich entlasten. Die zahlen dann für das zweite Kind nur noch die Hälfte und ab dem dritten gar nichts mehr.

Der vierte Punkt – gute Schulen.

Meine Damen und Herren, die Schulen werden in dieser Wahlperiode wieder ein Schwerpunkt dieser Landesregierung sein. Dabei sind wir uns bewusst, gute Schule lässt sich nur gemeinsam herstellen, in Zusammenarbeit mit den Lehrern, den Eltern, den Schülern. Ich bin dankbar, dass es gemeinsam mit den Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE in der vergangenen Wahlperiode gelungen ist, ein gemeinsames Konzept für die Inklusion zu entwickeln. Wir werden es in den nächsten Jahren zügig umsetzen, allerdings nicht überstürzt. Wir werden vor allem auch die Eltern mit einbeziehen und Schritt für Schritt vorgehen. Insgesamt stehen 237 zusätzliche Lehrerstellen dafür zur Verfügung. Wir werden außerdem die Förderung von Schulneubauten und Schulsanierungen mit dem Schwerpunkt Inklusion fortsetzen.

Daneben gibt es natürlich noch viele andere wichtige Aufgaben im Schulbereich. Wir werden den Deutschunterricht stärken. Künftig gibt es an den Grundschulen eine zusätzliche Unterrichtsstunde Deutsch pro Woche.

Wir werden die Zahl der Ganztagschulen weiter erhöhen. Unser Ziel ist es, für zusätzliche 10.000 Schülerinnen und Schüler eine Ganztagsbetreuung anzubieten.

Foto: Jens Böttner



Die Kinderbetreuung soll weiter verbessert werden.

Wir werden weiter daran arbeiten, dass der Lehrerberuf bei uns im Land attraktiv bleibt. Mit unserem 50-Millionen-Euro-Paket, hier insbesondere mit der Möglichkeit der Verbeamtung, haben wir bereits wichtige Schritte unternommen, aber weitere werden folgen, zum Beispiel Arbeitszeitkonten.

Auf Bundesebene werden wir für eine stärkere Vereinheitlichung des Schulsystems eintreten. Das ist im Wahlkampf immer wieder von den Bürgerinnen und Bürgern angesprochen worden. Es ist heute ganz häufig eine große Erschwernis, wenn man in ein anderes Bundesland ziehen muss und die Schule wechseln muss. Wir wollen, dass es bei Stundentafeln, Rahmenplänen und vor allem bei den Abschlüssen mehr Vergleichbarkeit gibt. [...]

Der fünfte Punkt: Wir wollen weiter den sozialen Zusammenhalt stärken. Wir wollen gleichermaßen Chancen für Jung und Alt, gleichermaßen Chancen für Männer und Frauen, für Einheimische und Zugezogene. Wie Familien und Kinder brauchen auch die Älteren im Land unsere besondere Unterstützung. Sie haben wechselvolle Zeiten durchlebt, meist ein Leben lang hart gearbeitet und wollen jetzt im Ruhestand ein aktives und selbstbestimmtes Leben führen. Es ist ein großer Gewinn für unser Land, dass Mecklenburg-Vorpommern gerade auch für ältere Menschen attraktiv ist, dass sie sich hier wohlfühlen und dass manche aus anderen Bundesländern extra hierherkommen, um hier ihren Ruhestand zu genießen.

In der vergangenen Wahlperiode hat die Enquetekommission ‚Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern‘ gute Vorschläge vorgelegt. Vieles davon findet sich bei uns in der Regierungsvereinbarung wieder. Die wichtigste Aufgabe besteht in den kommenden Jahren darin, mehr altersgerechte Wohnungen im Land zu schaffen. Wir wollen zusätzlich zu den bestehenden Fördermöglichkeiten ein 20-Millionen-Euro-Programm auflegen. Die anderen Programme, wie zum Beispiel ‚Lifte und Fahrstühle‘, ‚Barrierearmes Wohnen‘, wo es Sonderprogramme gibt, werden wir natürlich fortführen. Wir wollen durch eine Prüfung der Landesbauordnung, aber auch durch die Instrumente

der Wohnungsbau- und Städtebauförderung, sicherstellen, dass Neubauten möglichst gleich so errichtet werden, dass sie älteren Menschen ein gutes und selbstbestimmtes Leben ermöglichen. [...]

Meine Damen und Herren, **der letzte Punkt, den ich ansprechen will, ist die Fortführung der soliden Finanzen.**

Die wahrscheinlich wichtigste finanzpolitische Weichenstellung für die Zukunft unseres Landes ist schon in den ersten Tagen der neuen Wahlperiode getroffen worden. Ich freue mich, dass es unter dem Vorsitz Mecklenburg-Vorpommerns in der Ministerpräsidentenkonferenz nach langen Verhandlungen – zwei Jahre, glaube ich – endlich gelungen ist, zu einem Kompromiss bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu kommen.

Für uns bedeutet dieser Kompromiss, dass wir zumindest einen Teil der wegfallenden Solidarpaktmittel auffangen können. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir auch nach 2020 in die Bereiche investieren können, die für die Zukunft unseres Landes besonders wichtig sind: Wirtschaft und Arbeit, Familien und Kinder, gute Schule. Deshalb bin ich sehr froh, dass die Länder nach zähen Verhandlungen mit dem Bund diese Lösung erreicht haben.

Trotz dieses Erfolges, meine Damen und Herren, stehen wir aber vor erheblichen finanzpolitischen Herausforderungen. Wir können nicht davon ausgehen, dass die gute wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre mit hohen Steuereinnahmen für die gesamte Wahlperiode anhält. Wir können nicht davon ausgehen, dass die Zinsen so niedrig bleiben. Klar ist, dass ab 2020 die EU-Fördermittel für unser Land erheblich zurückgehen oder sogar auf Null gehen. Umso wichtiger ist es, dass wir den Kurs der soliden Finanzpolitik weiterverfolgen.

Unser Ziel ist es, auch in den kommenden Jahren der Wahlperiode ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Und natürlich wollen wir, wann immer es möglich ist, die Verschuldung des Landes weiter abbauen. SPD und CDU haben vereinbart, dass wir immer dann, wenn wir ein Haushaltsjahr mit einem Plus abschließen, drei Viertel der Überschüsse für die Schuldentilgung einsetzen, um zusätzlich Handlungsspielräume zu gewinnen, vorrangig für die Beitragssenkung in den Kitas.

Als weitere Motivation für uns alle, solide zu wirtschaften und möglichst Überschüsse zu erzielen, haben wir zudem beschlossen, mit dem letzten Viertel einen Strategiefonds zu speisen. Die Mittel daraus werden wir einsetzen, um den Kofinanzierungsfonds für die Kommunen fortzuführen, einen neuen Fonds für die ländlichen Gestaltungsräume einzurichten und ein Sonderprogramm für Schulbau mit Schwerpunkt Inklusion zu finanzieren.

Eine solide Finanzpolitik, verbunden mit Investitionen in die Zukunft des Landes – das ist der richtige Weg, um unser Land weiter voranzubringen, meine Damen und Herren. [...]"

Leif-Erik Holm, AfD:

„Klassischer Fehlstart der Landesregierung“



Foto: Uwe Sinnecker

„Liebe Bürger! Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Ministerpräsident, ich habe heute Morgen draußen gesehen, der Weihnachtsbaum steht etwas schief. Ich hoffe, das ist kein Menetekel für Ihre Regierungszeit.

Ich bedanke mich sehr herzlich für Ihre Einladung zur konstruktiven Zusammenarbeit, die wir natürlich gerne annehmen. Das ist für die AfD eine Selbstverständlichkeit. Wir arbeiten hier schließlich für die Bürger Mecklenburg-Vorpommerns. [...]

Herr Ministerpräsident, um Ihnen gleich auf Ihre Suggestivfrage zu antworten: Wir sehen unsere Aufgabe ganz gewiss nicht darin, Unmut zu schüren. Sie haben es immer noch nicht verstanden. Wir tragen nur den vorhandenen Unmut vieler Bürger in die Öffentlichkeit und in die Parlamente, den Unmut über eine rechtbrechende CDU/SPD-Bundesregierung, die uns eine unkontrollierte Masseneinwanderung aufhalst; den Unmut über eine gefährliche Euro-Rettungspolitik, die die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder verpfändet; und auch den Unmut über eine gefährliche Sicherheitspolitik, die wieder in den Kalten Krieg führen könnte.

Und seien Sie ehrlich, ohne eine starke AfD hätten Sie von der Unzufriedenheit der Bürger doch gar keine Notiz genommen.

Im Übrigen, Unmut schüren die, die Andersdenkende als ‚Abgehängte‘, ‚Modernisierungsverlierer‘, ‚Pack‘ oder ‚Mischpoke‘ bezeichnen, wie einige Ihrer Genossen. Unmut schüren diejenigen, die Parteitage anderer Parteien verhindern wollen, wie Ihre Landtagspräsidentin Frau Bretschneider es getan hat bei uns. Da zeigt sich die Arroganz der eta-

blierten Macht, und deshalb ist die AfD so wichtig in Berlin und in Schwerin. [...]

Herr Ministerpräsident, Sie haben mit Ihrer Regierung einen klassischen Fehlstart hingelegt.

Am Anfang stand der Wischiwaschi-Koalitionsvertrag ohne wirkliche Zukunftsperspektiven. Das Werk atmet eher das ‚Weiter so‘, die Mangelverwaltung, statt einen Aufbruch in eine bessere Zeit.

Ich frage mich überhaupt, warum Sie einen Koalitionsvertrag brauchen. Die CDU findet darin ja quasi nicht mehr statt. Die CDU hat sich komplett entkernt. Von den vollmundig versprochenen 555 neuen Polizeistellen bleiben 150. Das ist eine klare Bauchlandung und einer der Gründe dafür, warum für immer mehr Bürger die AfD der Garant für die innere Sicherheit ist.

Immerhin, was ich Ihnen konzederen will, Herr Ministerpräsident, ist, dass Sie den sozialen Zusammenhalt stärken wollen. Das ist wirklich löblich. Und Sie haben in den Regierungsparteien damit schon angefangen. Wer es nicht in den Landtag geschafft hat, der bekommt jetzt einen Extraposten. Man hilft sich eben, wo man kann. Allerdings geht das auf unsere Kosten, auf Kosten der Bürger, und da hört der Spaß auf.

Man muss sich das mal vorstellen: Die erste Amtshandlung der neuen SPD-CDU-Regierung ist die Schaffung neuer Versorgungsposten.

Gleichzeitig sollen die Wolgaster Bürger mit einer Handvoll zusätzlicher Betten im Krankenhaus abgespeist werden. Ist Ihnen das nicht selbst ein bisschen peinlich? [...]

// Ihre Regierung ist nicht in die neue Legislaturperiode gestartet, sondern gestolpert. //

Überhaupt liegt im Sozialbereich einiges im Argen. Über das Wirtschaften in die eigene Tasche bei der AWO haben Sie nicht gesprochen, Herr Sellering – vielleicht ja aus Rücksicht, weil es einige Ihrer Genossen betrifft. Hier müssen wir aber dringend für Aufklärung sorgen. Wir müssen Transparenz schaffen, damit sich die Selbstbedienung, wie wir sie bei der AWO Müritz gesehen haben, nicht wiederholt. [...]

Herr Ministerpräsident, Sie haben auf Ihre Erfolge bei der wirtschaftlichen Entwicklung hingewiesen. Da muss ich Sie leider auch enttäuschen. Ich habe mir mal die Wirtschaftsdaten aus Ihrer bisherigen Amtszeit angesehen, vom 01.01.2009 bis 31.12.2015, so die Daten verfügbar waren. Hier sind die Tatsachen: Mecklenburg-Vorpommern hinkt dem Wirtschaftswachstum in Deutschland hinterher. Wir wachsen langsamer als der Bundesdurchschnitt. Mit anderen Worten: Wir holen nicht auf, wir fallen zurück. Wir sind nach wie vor Bummelletzter bei der Wirtschaftsleistung pro Kopf. [...]

Genauso platzen wird auch Ihr Traum von der schnellen Energiewende. Der völlig vermurkste planwirtschaftliche Schnellschuss von Merkel und Co – ich nenne es Ökopolitik – lässt immer mehr Bürger mit dem Kopf schütteln, nicht nur, weil die Strom- und die Netzentgelte immer weiter steigen – übrigens besonders stark in Mecklenburg-Vorpommern –, sondern auch, weil der Zappelstrom von Windanlagen und Sonnenkollektoren herkömmliche Kraftwerke nicht ersetzen kann. Der Strom aus regenerativen Energien ist zu schwankungsanfällig, und große Stromspeicher haben wir bisher nicht. Aber was stört die Ideologen die Realität? Der Wahnsinn soll einfach immer weitergetrieben werden. [...]

Was können wir nun tun, um die wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns wirklich voranzutreiben? Es ist ganz klar, wir müssen uns um unsere Infrastruktur kümmern, die muss besser werden. Wir müssen unsere Betriebe – das kostet gar nicht viel Geld – von Bürokratie entlasten, und wir müssen uns noch besser mit unseren Nachbarn verzahnen, um den negativen Effekt unserer Randlage hier in Deutschland ausgleichen zu können. [...]

Wichtig ist uns auch eine gute Zusammenarbeit mit Russland. [...] Hier hatten sich erste Erfolge eingestellt, insbesondere in der Nahrungsmittelproduktion. Umso trauriger ist es, dass die völlig unsinnigen Sanktionen nun dazu geführt haben, dass der Handel mit Russland deutlich eingebrochen ist. [...]

Ich komme zur wichtigsten Herausforderung für unser Land – und das ist der fehlende Nachwuchs. Wo sind sie denn, die Kinder, die eines Tages in unsere Fußstapfen treten können? Wer soll unsere Betriebe einmal übernehmen? Davon haben Sie überhaupt nicht gesprochen, Herr Sellering!

Wir haben zu wenig junge Leute, davon wandern auch noch viele ab, und der Rest kommt einfach nicht gut genug gerüstet von der Schule. [...]

Die Hälfte unserer Firmen kann nicht mehr alle Ausbildungsplätze besetzen. Zudem klagen die Betriebe, dass die Lehrlinge, die eingestellt werden, kaum ausbildungsfähig sind. [...]

Das zeigt doch mehr als eindeutig, unsere Zukunft wird an den Schulen verspielt. Der jahrelange Lehrermangel und der Unterrichtsausfall kommen jetzt spürbar in der Arbeitswelt an. Das Bildungsniveau ist gesunken, auch weil Leistungsanforderungen ständig heruntergeschraubt werden, nur um die Zahl der Abschlüsse zu steigern. [...]

Dieser Selbstbetrug der Politik wird natürlich in Unternehmen und Hochschulen, also in der Realität, gnadenlos aufgedeckt. Die schlechtere Ausbildung der Schulabgänger liegt auch am Versagen Ihrer Regierung, Herr Sellering. [...]

Wichtig für unsere Kleinen ist auch die frühkindliche Bildung im Kindergarten. Hier werden wichtige Grundlagen für das spätere Schulleben geschaffen. Umso wichtiger

ist es, dass hier alle Kinder gut und individuell gefördert werden. Das aber kann bei einem Betreuungsschlüssel von einem Erzieher für 15 Kinder natürlich nicht der Fall sein. [...]

Also her mit den kostenfreien Kindergartenplätzen! Die AfD wird sich dafür jedenfalls mit großer Vehemenz einsetzen.

Ansprechen möchte ich ein weiteres wichtiges Anliegen der AfD, das Sie ja neuerdings auch in Ihrem Munde führen, nämlich die Bürgerbeteiligung. Die AfD will die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide senken und dadurch eine bessere Kontrolle der Politik ermöglichen, und davor haben Sie offensichtlich Angst. Deswegen haben Sie zuletzt die Hürden für die Bürgerbeteiligung sogar erhöht und nicht gesenkt, wie Sie es behauptet haben. Denn jetzt müssen die Unterschriften für ein Volksbegehren in nur fünf Monaten gesammelt werden, vorher gab es gar keine Frist. Das macht einen Erfolg noch mal deutlich unwahrscheinlicher.

Und dann kommen Sie jetzt mit einer Volksbefragung um die Ecke, bei der Sie von oben festlegen, was denn so gefragt werden darf. Wir Bürger wollen uns von Ihnen aber nicht irgendwelche Brotkrumen hinstreuen lassen, wir wollen keine Almosen, sondern wir wollen selbst aktiv werden dürfen, wann wir es für richtig halten. [...]

Und zum Schluss noch ein Wort zur Rentenangleichung: Ja, auch wir hätten uns eine schnellere Lösung gewünscht. Aber, Herr Ministerpräsident, dass Sie hier kein Wort finden für die heute arbeitenden Menschen, also für diejenigen, die die Wirtschaft am Laufen halten und die Rente für unsere Senioren erarbeiten, das erstaunt mich schon.

Die sind jetzt nämlich die Gekniffenen, weil deren höherer Ostrentenwert in den nächsten Jahren abgeschmolzen wird. Das sind die wirklich von Altersarmut Bedrohten. Hier hätte es angesichts unserer niedrigen Löhne im Osten eine längere Übergangsphase gebraucht. Dafür hätten Sie sich auch einsetzen müssen.

Herr Ministerpräsident, Ihre neue Regierung ist nicht in die neue Legislaturperiode gestartet, sondern vielmehr gestolpert. Ihr Koalitionsvertrag ist enttäuschend, er bietet viele Absichtserklärungen und wenig Konkretes. Aber vielleicht kommt Ihnen ja noch die Erleuchtung in den nächsten viereinhalb Jahren mit unserer Hilfe. [...]

Herr Ministerpräsident, ich wünsche sowohl Ihnen als Regierung als auch uns als Opposition immer eine glückliche Hand für unser Land. Herzlichen Dank.“

Die Redebeiträge ...

... der Abgeordneten wurden für den Abdruck gekürzt. Für den Leser wird durch Auslassungszeichen verdeutlicht, wo Passagen entfallen sind. Wegen der Konzentration auf den Inhalt und der besseren Lesbarkeit wurden auch viele Zwischenrufe weggelassen.

Thomas Krüger, SPD:

„Ehrliche Bestandsaufnahme“



Foto: Uwe Sinnecker

„Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ging eben mit sehr viel Aufregung einher. Ich weiß nicht, warum. Sie haben sich offensichtlich vor den Spiegel gestellt und lange geübt.

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Dr. Matthias Manthei, AfD:
Sie wissen vieles nicht.)*

Das muss ich nicht machen. Wir machen es einfach mal ein bisschen ruhiger, vielleicht trägt das dann auch zu mehr Sachlichkeit bei.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich einen Dank an den Regierungschef aussprechen. Erwin Sellering hat in seiner Regierungserklärung eine ehrliche Bestandsaufnahme vorgenommen, eine Bestandsaufnahme, in der neben dem Erreichten auch Herausforderungen klar benannt worden sind. Zudem hat der Ministerpräsident einen umfangreichen Ausblick auf die Schwerpunkte der künftigen Regierungsarbeit für die zukünftige Legislaturperiode gegeben. Ich glaube ganz ernsthaft, wir können stolz auf das sein, was in Mecklenburg-Vorpommern erreicht worden ist und was vor allem auch die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern erreicht haben. [...]

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas vorschicken: Die bundesdeutsche Öffentlichkeit hat unser Land Mecklenburg-Vorpommern lange Zeit in eine politisch braune Schmutzlecke gestellt. Hintergrund war, dass wir hier über zehn Jahre die NPD im Landtag sitzen hatten, und ich bin sehr froh, dass wir mit der Landtagswahl das Aus der NPD-Fraktion erleben konnten. Es ist für uns Demokraten

nach zehn Jahren ein großer Erfolg, dass die NPD den Saal nicht mehr betreten kann. Für mich ist es eines der schönsten politischen Erlebnisse der letzten Jahre, zu sehen, dass die NPD ihre Sachen packen und das Schloss verlassen musste.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Dass mit dem Auszug der NPD nicht alle Probleme verschwunden sind, das hat mein Vorredner eben gezeigt. Ich hatte den Eindruck, Herr Holm, das war eine Parteitage-Rede für Ihre Leute. Aber gut, das müssen Sie wissen. Mit der AfD ist eine Partei in den Landtag gekommen, die zumindest in Teilen fremdenfeindlich ist, die Regeln des politischen Anstands bewusst verletzt und demokratische Grundwerte infrage stellt. [...]

Es ist abzuwarten, in welche Richtung sich die AfD hier im Landtag entwickeln wird. Die bisherige Arbeit hat unterschiedliche Eindrücke bei mir hinterlassen: positive wie negative, das will ich ganz offen sagen. Der Ministerpräsident hat es zum Beispiel angesprochen, das will ich auch nennen, die Rede Ihrer Alterspräsidentin war vernünftig, die war gut, und meine persönliche Zusammenarbeit mit Ihrem parlamentarischen Geschäftsführer war eine sehr sachliche und sehr vernünftige. Aber wir haben auch die anderen Beispiele, meine Damen und Herren, und wir erinnern uns, ...

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Herr Professor Weber, da kommen Sie mir aufs Stichwort. ... Wir erinnern uns natürlich daran, wie Sie in unserer Fraktion gesessen und was Sie über Willy Brandt gesagt haben. Daran erinnern wir uns, an Ihre Aussagen zum Verrat an der deutschen Heimat und so weiter und so fort. Das ist uns in guter Erinnerung geblieben,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ja.)

genauso wie wir im Netz natürlich auch nachlesen, was Herr Arppe dort schreibt. Das ist ziemlich diffamierend. Andererseits konnte er im Agrarausschuss vor Müdigkeit die Augen nicht mehr offen halten. Das sind Dinge, die wir erleben. So nehmen wir Sie momentan wahr. [...]

Und, Herr Holm, Sie haben eben eine Menge Dinge in Ihrer Rede gesagt, wobei man ja auf alles gar nicht eingehen kann, aber auf das eine oder andere muss ich eingehen, das geht gar nicht anders.

Also die Euro-Rettung: Ganz ernsthaft, ich weiß nicht, wer hier im Landtag die Euro-Rettung machen soll. Die gehört gar nicht hier hin, das ist Bundespolitik. [...] Die niedrigen Zinsen haben Sie angesprochen. Ich weiß nicht, ob die Landesregierung die niedrigen Zinsen zu verantworten hat, vielleicht nach Ihrer Lesart ja. Auch die Zuwanderung ist nichts, was die Landesregierung gemacht hat. [...]

Dann sind Sie auf die Polizei eingegangen, das will ich auch gerne tun. Auch da ist wieder die Frage, was man als Grund-

lage nimmt. Wir werden 300 Polizisten mehr auf der Straße haben, die ihren Dienst versehen und für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sorgen. Ich glaube, das ist vernünftig, das ist gut, das ist zu begrüßen. Und da muss man sich mal angucken, von welchem Ausgangspunkt wir herkommen. Wir kommen von dem Ausgangspunkt, dass wir eigentlich ein Land sind, das im Vergleich zu anderen relativ sicher ist. Das sagen alle Statistiken. [...]

Zur Inklusion haben Sie gesagt, lassen Sie den Quatsch. [...] Das heißt ja, dass Sie den Eltern eines Kindes, das im Rollstuhl sitzt, sagen wollen, das Kind soll in die Sonderschule gehen. Das Kind hat nicht die Möglichkeit zu sagen, ich möchte auf eine Regelschule gehen. Denn genau das wollen wir erreichen, genau das ist Inklusion in Mecklenburg-Vorpommern, auch die Wahlfreiheit. [...]

Herr Holm, Sie haben hier starke Sprüche gemacht, ich habe keine Konzepte gehört. Ich weiß nicht, wie es den anderen gegangen ist, für mich war das einfach ein Totalausfall. Sie werden sich entscheiden müssen, ob Sie hier wissenschaftsbasierte Politik machen wollen oder Sternschnuppenpolitik. Sternschnuppenpolitik heißt, immer mal wieder einen Stern an den medialen Himmel zu schießen, aber das, was hinten rauskommt, was gesellschaftlich passiert, ist Ihnen schnuppe. Das ist Sternschnuppenpolitik. Ich habe den Eindruck, das machen Sie momentan.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU –
Torsten Renz, CDU: Das ist richtig.)*

[...] Meine Damen und Herren, neben dem Fakt, dass wir die AfD hier im Landtag haben, haben wir ja auch eine weitere Oppositionspartei im Landtag, die Fraktion DIE LINKE. Auch DIE LINKE teilt derbe aus, benennt vermeintliche Schuldige. Gibt es irgendwo im Land ein Problem, hat DIE LINKE schnell den Schuldigen ausgemacht. Ich sage Ihnen mal voraus,

Foto: Jens Büttner



Verstärkte Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit soll Straßen und Plätze sicherer machen.

wenn der Weihnachtsmann in gut zwei Wochen irgendwo zu spät kommen sollte, sind nach Lesart der Linksfraktion die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen schuld.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das ist durchaus möglich.)

[...] Ich bezweifle aber, dass der Weg aus der Krise über eine Fundamentalopposition führt. [...] Wie Sie weiter agieren, das werden Sie entscheiden müssen, die Regierungsfraktionen jedenfalls haben die Hand ausgestreckt, und wir haben deutlich gemacht, dass wir bereit sind, konstruktiv mit der Opposition zusammenarbeiten zu wollen. [...] Das setzt aber auch die Bereitschaft der Opposition voraus, das anzunehmen. Ich denke, dass Sie anerkennen, dass meine Fraktion diese Bereitschaft in den letzten Wochen nicht nur durch Worte dargestellt hat.

**// Wir sind bereit,
konstruktiv mit der Opposition
zusammenarbeiten. //**

Meine Damen und Herren, ein Vorwurf der Linksfraktion, der inzwischen gebetsmühlenartig wiederholt wird, ist der, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern ein ‚Weiter so‘ organisieren würden.

*(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Genau das haben wir heute gehört.)*

[...] Und in der Tat, so komplett unrecht haben Sie ja gar nicht. Aber was sollen wir denn tun? Beispielsweise die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Die Arbeitslosenzahlen sinken, sie sinken seit Jahren. Natürlich soll es auch so weitergehen. Gleichzeitig haben wir viele sozialversicherungspflichtige Jobs, die neu entstanden sind, 30.000 in den letzten fünf Jahren. Und natürlich, meine Damen und Herren, soll es genau so weitergehen. Das wollen wir doch!



Das Land will weiter Schulden abbauen.

Foto: Jens Büttner



Die Regierungskoalition will Familien mit Kindern noch mehr unterstützen.

Oder nehmen Sie den Landeshaushalt: Wir haben in den letzten fünf Jahren 500 Millionen Euro an Schulden getilgt. Wenn ich die Jahre ab 2007 mit dazu nehme – der erste ausgeglichene Haushalt war ja noch ein rot-roter, das müssen wir immer dazusagen, also auch ein Erfolg, an dem Sie ursprünglich mitgearbeitet haben –, dann sind es 900 Millionen Euro weniger Schulden.

Müssten wir diese 900 Millionen jetzt kreditfinanzieren für die nächsten fünf Jahre, meine Damen und Herren, dann wären es insgesamt 250 Millionen Euro, die wir aufnehmen müssten. Diese solide Haushaltspolitik hat uns erst in die Lage versetzt, in wichtige Zukunftsbereiche investieren zu können, beispielsweise in Breitbandausbau, beispielsweise in Kitas, beispielsweise in Schule. Genauso soll es auch in Zukunft weitergehen. Von den Haushaltsüberschüssen gehen drei Viertel in die Schuldentilgung. Die dann eingesparten Zinsen sollen im Kita-Bereich eingesetzt werden. Für uns ist klar: Mehr Geld für Kinder, weniger Geld für Banken, und das ist auch gut so.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, unser Ziel ist die kostenfreie Kita, aber das Geld dazu muss erwirtschaftet werden. Und das, scheint mir, Frau Oldenburg, unterscheidet uns fundamental voneinander: Geld muss erwirtschaftet werden! Wenn ich Ihre Pressemitteilung lese: In guten Wochen kommen Sie auf einen dreistelligen Millionenbetrag, den wir ausgeben sollen. Seriöse Haushaltspolitik, meine Damen und Herren, geht jedenfalls anders. [...]

In anderen Bereichen wollen wir unsere Politik modernisieren – um den Friedensnobelpreisträger Willy Brandt mal anzusprechen –, mehr Demokratie wagen. Wir wollen unsere Politik besser erklären, die Transparenz erhöhen und unsere Präsenz vor Ort verbessern. Wir wollen die Landesverfassung so ändern, dass wir zu wesentlichen Themen Volksbefragungen durchführen können. [...]

Darüber hinaus gibt es Themen, die das Land nur begleiten, die wir nur mittelbar beeinflussen können. Der Ministerprä-

Foto: Jens Büttner

sident hat das Entsprechende zum Thema Ost-West-Rentenangleichung hier schon gesagt. Ich habe mich dazu auch deutlich geäußert. Ich bin sehr verärgert darüber, dass die Rentnerinnen und Rentner weitere Jahre warten sollen. Das, finde ich, ist unfair. Das ist auch nicht nur eine finanzielle Frage, da geht es um Augenhöhe, da geht es um Anerkennung ostdeutscher Lebensleistungen.

Natürlich weist unser Koalitionspartner zu Recht darauf hin, dass mit der Angleichung der Renten von Ost und West der Höherbewertungsfaktor wegfällt. Meine Damen und Herren, darauf kann es aber doch nur eine Antwort geben, und zwar, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern höhere Löhne brauchen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Genau an diesem Punkt, sage ich, müssen wir arbeiten – und wir werden daran arbeiten. Wir haben auch in der letzten Legislaturperiode daran gearbeitet. Ja, wir haben die Tarifautonomie. Löhne werden von Gewerkschaften und Arbeitgebern vereinbart. Der Staat kann nur an Stellen steuern, an denen er selbst Einflussbereiche hat. Mecklenburg-Vorpommern hat das in der letzten Legislaturperiode getan. Unser Vergabegesetz hat geregelt, dass wir eines der ersten Länder waren, in denen der Mindestlohn im öffentlichen Bereich für öffentliche Aufträge galt. Das war deutlich früher, als der Mindestlohn auf Bundesebene in Kraft gesetzt worden ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut.)

Das wollten wir so, das war richtig so, das hat sich auch gezeigt.

Richtig ist, meine Fraktion möchte, dass das Vergabegesetz weiterentwickelt wird. Unser Ziel ist es, dass Firmen, die Tariflöhne zahlen, künftig bei Aufträgen des Landes einen deutlichen Vorteil haben sollen. Wir wollen mehr tarifgebundene Bezahlung in Mecklenburg-Vorpommern, und wir brauchen mehr tarifgebundene Bezahlung in Mecklenburg-Vorpommern. Das, meine Damen und Herren, ist aber nicht nur eine Aufgabe der Politik. Hier stehen alle in Verantwortung – Arbeitgeber, Gewerkschaften und natürlich auch jeder Einzelne, denn wir wissen, dass geringe Tarifbindung und damit auch oftmals verbunden geringe Löhne mit dem geringen Organisationsgrad von Gewerkschaften zusammenhängen. Jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin hat beispielsweise die Möglichkeit, in eine Gewerkschaft einzutreten und deren Organisationsgrad zu erhöhen. Auch das wäre eine wichtige gesellschaftliche Entwicklung, für die ich hier an dieser Stelle ausdrücklich werbe. [...]

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die nächsten fünf Jahre. Sie werden mit großen Anstrengungen und viel Arbeit verbunden sein, doch genau dafür sind wir gewählt worden. Ich würde mich freuen, wenn wir bei der Aussprache zur Regierungserklärung des Jahres 2021 ein ähnlich positives Fazit ziehen könnten wie heute. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Simone Oldenburg, DIE LINKE:

„Gehen Sie nicht weiter in Deckung – handeln Sie!“



Foto: Uwe Sinnecker

„Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Ministerpräsident!

Am 4. September haben wir verloren. SPD, CDU, LINKE und GRÜNE haben Vertrauen verloren, denn mehr als 20 Prozent der Frauen und Männer haben mit ihrer Wahl deutlich gemacht, wie schwer enttäuscht sie sind und wie ihnen die Planbarkeit ihres Lebens durch die derzeitige Politik abhandgekommen ist. Wir alle haben zu spüren bekommen, dass die Politik der Großen Koalition der vergangenen Jahre viel zu wenig eine Politik für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Rentner, für die Kinder und für die Jugendlichen war. [...]

Sie aber haben heute vorrangig für den Unmut in der Bevölkerung die Flüchtlingssituation verantwortlich gemacht. Das ist einfach falsch. Sie suchen nicht die Gründe, die dazu führen, dass fast 168.000 Wählerinnen und Wähler ihr Kreuz bei einer Partei gemacht haben, die mit rechtspopulistischen Parolen hausieren geht, die rückwärtsgewandt und zum Teil ausländerfeindlich ist. [...]

Der größte Fehler, den SPD und CDU in den zurückliegenden Jahren begangen haben, war die Ablehnung jeder, wirklich jeder Volksinitiative. Ob es um den Erhalt einer bürgernahen Gerichtsstruktur ging, den Mindestlohn oder unsere Theater und Orchester – die tausendfachen Unterschriften haben Sie nicht interessiert. Wer über 500.000 Willensbekundungen ins Leere laufen lässt, der braucht sich über verlorenes Vertrauen nicht zu wundern.

Sehr geehrte Damen und Herren, in Mecklenburg-Vorpommern lebt jedes dritte Kind in Armut; jedes fünfte Kind lebt in einer Familie, die auf Sozialleistungen angewiesen ist. In diesem reichen Land ist mehr als jeder fünfte Erwachsene arm. Hier muss jede zehnte Arbeitnehmerin beziehungsweise jeder zehnte Arbeitnehmer aufstocken, weil der Lohn nicht zum Leben reicht. Fast 6.000 junge Menschen unter

Foto: Jens Büttner



Zu viele Jugendliche brechen ihre Ausbildung ab oder fallen durch die Abschlussprüfungen.

25 Jahren sind arbeitslos, und in unserem Land beziehen fast 90.000 Menschen ausschließlich Hartz-IV-Leistungen, davon mehr als die Hälfte länger als vier Jahre.

Das können Sie doch nicht einfach hinnehmen. Sie sehen doch anhand der hohen Anzahl von Betroffenen, dass der erste Arbeitsmarkt allein nicht das Allheilmittel ist. Aber statt diesen Frauen und Männern eine Lebensperspektive zu geben, geizen Sie.

Das sieht aber anders aus, wenn es um die Abgeordneten von SPD und CDU geht, die ihr Mandat verloren haben und quasi arbeitslos wurden. Da werden mehr als 8.000 Euro pro Monat lockergemacht für einen, für einen einzigen ehemaligen Abgeordneten! [..]

**// Der größte Fehler
von SPD und CDU war die Ablehnung
jeder Volksinitiative. //**

Sehr geehrte Damen und Herren, statt konsequent zu handeln, wimmelt es in Ihrem Koalitionsvertrag von ‚wir beraten‘, ‚wir warten auf andere‘ – meistens auf den Bund –, ‚wir beabsichtigen‘. Ganz oft ‚wünschen wir uns auch was‘. Und Sie haben einen neuen Begriff für sich entdeckt, der Handeln auf die lange Bank schiebt, Sie wollen ‚prüfen‘. [..]

Sie beklagen selbst, dass wir auf einen Pflegenotstand zu steuern, nehmen diesen aber in Kauf, anstatt den Jugendlichen genau die Last zu nehmen, die sie daran hindert, Altenpflegerin oder Altenpfleger zu werden. Nehmen Sie ihnen die Last des Schulgeldes! Wir brauchen Tausende Altenpfleger. Gehen Sie nicht weiter in Deckung, sondern handeln Sie!

Sehr geehrte Damen und Herren, auch im Bereich einer sozialen Wohnungspolitik herrscht bei Ihnen Leerstand. Bezahlbaren Wohnraum werden die Mieterinnen und Mieter in Greifswald oder Rostock weiterhin vergeblich suchen. [..]

Genauso knauserig gehen Sie mit den Kommunen um, die inzwischen aus dem letzten Loch pfeifen. [...] Dass Sie einen Strategiefonds eingerichtet haben, begrüßen wir, war es doch unsere Idee, die Sie aufgegriffen haben. Aber Ihr Fonds beinhaltet nicht einmal eine konkrete finanzielle Ausstattung. Er soll sich aus einem Viertel des Haushaltsüberschusses speisen. Das sind eventuell, wenn es gut läuft, 30 Millionen Euro für diesen Fonds. Allerdings soll aus diesen 30 Millionen der Kofinanzierungsfonds bereitgestellt werden. Gleichzeitig dienen dieselben 30 Millionen der Unterstützung der ländlichen Gestaltungsräume, gleichzeitig soll aus denselben 30 Millionen ein Sonderprogramm Schulbau finanziert werden, und gleichzeitig kann der Rest großzügig für weitere bedeutende Entwicklungsvorhaben genutzt werden. [...]

Sehr geehrte Damen und Herren, obwohl noch immer ca. 1.000 Schülerinnen und Schüler die Schule ohne einen anerkannten Abschluss verlassen, obwohl noch immer jeder dritte Jugendliche seine Ausbildung vorzeitig abbricht oder die Lehrstelle wechselt, obwohl jeder fünfte Jugendliche am Ende der Ausbildung durch die Facharbeiterprüfung fällt – obwohl dies alles so ist, wie es ist, gibt dieser Koalitionsvertrag weder Schülerinnen und Schülern noch den Eltern und



Foto: Jens Büttner

Die "Mini-Entlastung" bei den Kita-Gebühren werde durch die Lohn- und Kostensteigerungen geschluckt, kritisiert DIE LINKE.

auch nicht den Lehrkräften die dringend erforderliche Unterstützung und Entlastung. [...]

Wo sind die zusätzlichen Lehrerstellen, wo die neuen Stellen in der Justiz, die die CDU versprochen hat?

Aber bei zusätzlichen Stellen bewegt sich die CDU auch noch in einem anderen Bereich auf dünnem Eis. 555 neue Polizistinnen und Polizisten hat der CDU-Spitzenkandidat und Innenminister Lorenz Caffier im Wahlkampf versprochen. Herausgekommen sind mit Hängen und Würgen gerade mal 150 Stellen. [...]

Seit Jahren reden Sie davon, dass künftig die Betreuung im Kindergarten kostenfrei sein muss. So lange, wie Sie dieses Versprechen schon vor sich hertragen, müsste die Zeit doch ran sein, die Eltern von den enormen Kosten zu befreien. Ihre Mini-Entlastung ist nichts weiter als Ihr Versuch, die kommenden Kostensteigerungen abzufedern, denn 50 Euro werden schnell von den steigenden Löhnen der Erzieherinnen und Erzieher und den steigenden Kosten für die Vollverpflegung geschluckt. [...]

Sozial gerecht wäre auch, die Schulsozialarbeit endlich zur pflichtigen Landesaufgabe zu machen und mit ausreichend Stellen auszustatten. Statt dies zu tun, versuchen Sie, mit abenteuerlichen Möglichkeiten bestehende Stellen zu sichern. [...]

Sozial gerecht ist auch nicht der Auftritt der Regierung in der Kulturpolitik. Die sogenannte Theaterreform mit Personalabbau und Zielvereinbarungen wird fortgesetzt, offenbar so lange, bis der Vorhang fällt.

Sozial gerecht wäre nicht zuletzt, eine Verkehrspolitik endlich zu beenden, die Mecklenburg-Vorpommern zunehmend aufs Abstellgleis schiebt. [...]

Sehr geehrte Damen und Herren der Koalition, suchen Sie neue Wege! Verlassen Sie ausgetretene Pfade des ‚Weiter so‘! ‚Weiter so‘ ist in vielen Bereichen Stagnation, ist Zögern und Zaudern. Sie geben den Kindern keine gleichen Chancen von Anfang an, und Sie lösen Ihr Versprechen von der Wahl nicht ein, gute Arbeit für die Frauen und Männer zu garantieren, solange Sie nur beraten und prüfen.

Solange man von seiner Arbeit im Alter nicht sicher leben kann, weil seit 26 Jahren den Menschen im Osten nur versprochen wird, dass die Rentenangleichung kommt, solange glaubt man weder den Ankündigungen des Ministerpräsidenten noch seinen öffentlichkeitswirksamen Auftritten mit Frau Nahles im Wahlkampf. [...] Der Ministerpräsident äußerte sich während des Besuchs der Bundesministerin Nahles in einer Pressemitteilung wie folgt, ich zitiere: ‚Es geht hier nicht nur um höhere Renten im Osten. Es geht auch um Augenhöhe und Respekt vor ostdeutschen Lebensleistungen.‘ Ende des Zitats. Ja, Herr Ministerpräsident, Augenhöhe und Respekt für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, dann klappt es auch mit dem Vertrauen.“

Vincent Kokert, CDU:

„Neue politische Angebote machen“



Foto: Jens Büttner

„Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Abgeordnete! Als Vorsitzender der CDU-Fraktion habe ich heute das Vergnügen, sowohl die Worte des Ministerpräsidenten als auch die Worte der Opposition bewerten zu dürfen. [...]

Viele Menschen haben die friedliche Revolution 1989 herbeigesehnt und das Maß an persönlicher Freiheit seither durchaus zu schätzen gelernt. Leider hielt das Leben in den dann folgenden Jahren nicht nur Positives bereit. Auch wenn die Städte, Dörfer und Straßen hübsch saniert wurden, so ging vor Ort viel an öffentlicher Infrastruktur verloren: Schulen wurden geschlossen, auch Polizeistationen, Bahnhöfe, ärztliche Versorgung, Postämter und so weiter. Hinzu kamen die Umbrüche in den persönlichen Biografien, die oft mit vorübergehender Arbeitslosigkeit, zumindest aber mit einem Jobwechsel zu tun hatten. Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und gerade in den kleinen Dörfern haben die Veränderungen mit Skepsis, teilweise auch mit etwas Groll verfolgt. Mit Blick auf die öffentlichen Kassen haben die Menschen die Veränderungen dennoch meistens mit Verständnis begleitet.

Als dann im letzten Jahr viele Menschen aus anderen Ländern vor Krieg und Terror nach Deutschland geflohen sind, hat es gerade im Osten viele schlicht fassungslos gemacht, dass auf einmal Geld keine Rolle zu spielen schien, dass offenkundig Probleme seitens der Medien und auch der Politik einfach unter den Tisch gewischt wurden. Auch wenn das Problem deutlich differenzierter ist, ich kann den Ärger darüber nachvollziehen.

Ein paar Dinge gehören an dieser Stelle doch geradegerückt: Es ist natürlich nicht so, als hätte Deutschland im letzten Jahr überraschend seine Grenzen geöffnet. Es mag den einen oder anderen vielleicht überraschen, aber im sogenannten

Schengen-Raum existierten seit geraumer Zeit überhaupt keine Grenzen mehr. Deshalb sind im letzten Jahr auch nicht einfach die Grenzen geöffnet worden,

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

vielmehr haben wir offene Grenzen nicht geschlossen, meine Damen und Herren. Dann stelle ich mir schon die Frage, wie man denn in Windeseile eine sichere Grenze zwischen Deutschland und Österreich hätte errichten sollen.

(Leif-Erik Holm, AfD: Mazedonien hat es auch gemacht.)

Die meisten hier im Parlament sind gelernte Osis. Herr Kollege Holm, ich glaube, Sie auch. Davon, was eine sichere Grenze bedeutet, haben wir als gelernte Ostbürger doch eine gewisse Vorstellung. Deswegen bin ich auch nachsichtig, wenn der eine oder andere aus den alten Bundesländern glaubt, eine Grenze zwischen Deutschland und Österreich nach dem Vorbild der ehemaligen innerdeutschen Grenze sei vielleicht eine gute Idee gewesen.

Zur Wahrheit gehört auch, dass Deutschland die zahlreichen Migrantinnen und Migranten nicht eingeladen hat. Vielmehr war es so, dass Österreich und auch Ungarn damals verzweifelt in Berlin angerufen haben und um Hilfe baten, weil sie selbst die große Zahl an Flüchtlingen nicht mehr bewältigen konnten. Dass Deutschland an der Stelle, übrigens als eines

der wenigen europäischen Länder, richtigerweise großzügig agiert hat, war somit nicht nur ein Akt der Nächstenliebe, es war ein Akt gelebter innereuropäischer Solidarität. Dass man das in Budapest und auch in Wien heute nicht mehr wahrhaben will, weiß ich, aber es ist trotzdem die Wahrheit.

// Die Mehrheit unseres Volkes hasst nicht, die Mehrheit unseres Volkes besteht nicht aus Schreihälsen. //

Eine letzte Bemerkung dazu:

Wer wissen will, wer welche Meinung in Flüchtlingsfragen vertritt, der kann ja mal den einen oder anderen Bundespolitiker, auch der SPD, googeln und mit ‚Refugees welcome‘ in Verbindung bringen. Auf diese Weise bekommt man einen Eindruck davon, wer in Flüchtlingsfragen auch damals schon auf der Bremse stand und wer auf dem Gaspedal. Dazu passt auch, dass zahlreiche SPD-Mandatsträger inzwischen offen erklären, dass man beim Abschieben doch weniger hart vorgehen solle. Es werden öffentlich Tipps gegeben, wie das Asylrecht am besten unterlaufen werden kann. [..]

Nun gut, bei den GRÜNEN hat es etwas gedauert, bis sie Tritt gefasst haben, das will ich natürlich auch der AfD zugestehen und dann hoffen, dass sie das gleiche Schicksal erleidet wie die GRÜNEN, meine Damen und Herren. Immerhin wissen wir jetzt eins: Im Wahlkampf hat die AfD eine große Bugwelle vor sich hergeschoben, als sei sie ein kräftiger und mächtiger Ozeanriese. Im Augenblick erinnern Sie mich mehr an ein Paddelboot, Herr Holm.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Da müssen Sie schon noch ein bisschen was nachlegen, damit wir Sie hier auch tatsächlich ernst nehmen können.

(Jörg Heydorn, SPD: Aber ohne Paddel! Paddelboot ohne Paddel!)

Und wenn CDU und SPD weder im Bund noch im Land Liebesheiraten eingegangen sind, so lässt sich doch feststellen, dass die Zusammenarbeit mittlerweile gut klappt und dass Ergebnisse auch ermutigend sind. Ich habe zum Anfang meiner Rede darauf hingewiesen. In diesem Sinne habe ich mich besonders darüber gefreut, dass es kürzlich gelungen ist, eine gemeinsame Linie bei der Angleichung der Ostrenten zu finden, die nicht auf Kosten der arbeitenden Generationen geht. Auch wenn der eine oder andere in der SPD vielleicht noch ein bisschen quengelt, am Ende ist die Lösung, die jetzt auf dem Tisch liegt, eine gute Lösung. [..]

Ich bin aber auch sehr dafür, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern offen darüber reden, wie wir den Menschen vielleicht ein neues politisches Angebot machen können. In M-V gibt es sehr viel Sach- und Fachverstand



Foto: Jens Büttner

Die große Zahl von Flüchtlingen, die Zuflucht in Deutschland gesucht haben, stellte die Länder und Kommunen vor schwierige Herausforderungen.



In der vergangenen Wahlperiode erarbeitete eine Enquete-Kommission des Landtages Empfehlungen, wie den Teilhabe- und Versorgungsansprüchen einer älter werdenden Bevölkerung Rechnung getragen werden kann.

Foto: Landtag M-V

außerhalb der Ministerien und natürlich auch außerhalb der Regierungsfractionen. Wir haben ausgezeichnete Hochschulen, ausgezeichnete Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, wir haben ausgezeichnete Theologen, renommierte Kunst- und Kulturschaffende, und doch entsteht der Eindruck, dass politische Debatten immer nach dem gleichen Schema ablaufen: Die Regierung macht einen Gesetzentwurf, es gibt eine parlamentarische Debatte, es tagt ein Ausschuss, es gibt eine Anhörung, es gibt eine Demonstration, es gibt erneut eine parlamentarische Debatte, die Medien berichten darüber

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Und erneut lehnen SPD und CDU alles ab.)

und das ganze Spiel geht dann wieder von vorn los. Ich glaube, dass es der Debattenkultur in unserem Heimatland guttäte, wenn wir diese Rituale gemeinsam aufbrechen könnten und ein neues Angebot machen würden. Dabei soll keinesfalls das Prinzip von Mehrheit und Minderheit unterlaufen werden, zumal ja mancher hier im Landtag glaubt, nur er sei das Volk. Nein, die Mehrheit unseres Volkes hasst nicht, die Mehrheit unseres Volkes ist nicht voller Wut, die Mehrheit unseres Volkes besteht nicht aus Schreihälsen.

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Der Landtag könnte insbesondere zu Themen, die ein wenig abseits des politischen Alltagsgeschäftes liegen, zeitlich befristete Kommissionen mit klaren Aufträgen einrichten, aber vielleicht nicht nur beschränkt auf eine Legislaturperiode. Enquetekommissionen halte ich per se für sinnvoll, und ich bin deutlich dafür, sich dieses Instruments sehr viel häufiger und sehr viel flexibler zu bedienen, gerade in entscheidenden und wichtigen Fragen. Warum sollten wir keine Kommission einsetzen, die beispielsweise, Herr Ritter, die hoch emotionale Debatte um das Bestattungswesen aufarbeitet?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gern. Da bin ich sofort dabei.)

Warum sollten wir keine Kommission einsetzen, die Vorschläge erarbeitet, was der Staat dafür tun kann, um qualitativ hochwertigen Printjournalismus in einem Flächenland weiter zu erhalten? Warum sollten wir keine Kommission einrichten, die Vorschläge erarbeitet, in welche Richtung sich Wissenschaft und Forschung in Mecklenburg-Vorpommern entwickeln sollen? Ich bin sehr dafür, dass wir offen darüber reden, ob wir gemeinsam die Kraft aufbringen, ein neues Angebot zu machen, so, wie ich es Ihnen eben beschrieben habe. [...]"



Wegen der verordneten landesweiten Stallpflicht mussten auch diese Puten in den Stall.

Foto: Jens Büttner

Die Vogelgrippe ist zurück

Jeder Landkreis von erkrankten Tieren betroffen

Tote Enten. Verendete Schwäne, Gänse, Möwen. Die Vogelgrippe breitet sich rasant in Europa aus. Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist das H5N8-Virus in allen Landkreisen sowie in Schwerin nachgewiesen worden. Für Menschen ist es bislang harmlos, für Vögel jedoch hoch ansteckend und in der Regel tödlich. Um die Ausbreitung so gut es geht einzudämmen, haben die Behörden in M-V Sperrbezirke ausgewiesen, rasch eine Stallpflicht für Geflügel angeordnet, das Jagen von Wildvögeln verboten, vorsorglich auch gesunde Tiere getötet, Hygienemaßnahmen verschärft und ein Bürgertelefon eingerichtet. All das habe dazu beigetragen, dass das Land im Vergleich zu anderen Bundesländern bislang von größeren Ausbrüchen verschont geblieben sei, sagte Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus in einer Aussprache im Landtag.

Natürlich fühle er mit den Tierhaltern, wenn Tiere vorsorglich getötet oder eingesperrt werden müssten. „Wir müssen jedoch alles daransetzen, ein Überspringen auf Nutzgeflügelbestände oder eine Veränderung des Virus zu verhindern“, rechtfertigte Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** die Sicherheitsmaßnahmen. Zumal Mecklenburg-Vorpommern durch den Wildvogelzug vor einem besonders hohen Übertragungsrisiko stehe. Inzwischen seien andere Bundesländer „unserem Beispiel“ gefolgt und hätten ebenfalls eine landesweite Aufstallung angeordnet. „Ich hätte jedoch erwartet, dass die Bundesregierung ein bundesweites Aufstallungsgebot erlässt. Warum sie das nicht gemacht hat, kann ich nicht nachvollziehen“, so Backhaus. Angesichts der rasanten Ausbreitung wäre ein einheitliches Handeln „absolut notwendig“.

„Die Gefahr, die von dieser Seuche ausgeht, darf auf keinen Fall unterschätzt und verharmlost werden“, sagte **Ralf Borschke** (AfD). Die getroffenen Schutzmaßnahmen seien daher „angemessen und notwendig“. Seine Fraktion erwarte jedoch auch, dass bei alledem die Interessen der Geflügelzüchter nicht zu kurz kommen und das Thema nicht für die eigene Profilierung missbraucht werde. „Und wir wehren uns gegen eine Darstellung, die versucht, in der Seuche eine Auswirkung der Massentierhaltung zu sehen“, stellte

Borschke klar. Da Mecklenburg-Vorpommern aufgrund vieler Zugvögel „immer einer gewissen Gefahr“ ausgesetzt sei, „sind wir auf ein gut funktionierendes Ministerium angewiesen“. Der zum Teil anders gelagerte Umgang in anderen Bundesländern und seine Auswirkung mit der Tötung zehntausender Tiere zeige, dass hier weiterhin mit Augenmaß vorgegangen werden müsse.

Für **Holger Kliewe** (CDU) steht fest: „Die Vogelgrippe wird uns in gewissen Intervallen immer wieder beschäftigen.“ Deshalb sollte man „für bestimmte Arten, seltene Rassen und Genreserven“ über eine Lockerung des Impfverbots nachdenken. Zu bedenken gab er auch, dass nicht jeder Geflügelhalter einen Stall habe. Eine Stallpflicht bringe diese Halter besonders in die Bredouille. „Bei manchen Geflügelarten reicht eine fuchssichere Einzäunung aus“, so Kliewe. Er regte an, die Schaffung von Unterstellmöglichkeiten ins Agrar-Investitionsprogramm aufzunehmen. Zudem warnte er davor, die Kehrseite der Schutzmaßnahmen zu unterschätzen. Zum Beispiel beim Jagdverbot. „Die Landwirte werden nun tränenden Auges zusehen müssen, wie die Wildgänse ihnen die Saaten runterfressen. Wer zahlt dann die Schäden?“

„Vogelgrippen gehören weltweit zu den größten zivilen Katastrophen der letzten 20 Jahre“, mahnte **Dr. Wolfgang Weiß** (DIE LINKE). „Wir werden hier trotzdem satt.“ In vielen anderen Ländern sehe das aber anders aus. Weiß lobte die „effektiven Handlungsstrategien“ des Landes. Trotzdem seien viele Menschen sehr verunsichert. „Mancher fühlt sich mit den Anordnungen überfordert“, und was die öffentlichen Geflügelpest-Schilder bedeuten, „ist vielen unbekannt“. „Deshalb ist es gut, wenn Aufklärung erfolgt, unter anderem hier und heute.“ Verunsicherung und ein diffuses Unbehagen angesichts unbekannter Gefahren seien normal, häufig aber „unzureichenden Kenntnissen“ geschuldet. Weiß forderte daher eine „vertiefte naturwissenschaftliche Bildung“. „Wer mehr weiß, weiß vor allem auch, wie er sich besser schützen kann, hat Vertrauen in die nötigen Maßnahmen, weniger Angst und ist somit auch besser geschützt vor Panik und Hysterie.“

Elisabeth Aßmann (SPD) dankte den Behörden und Tierhaltern für ihr rasches Handeln. „Man hat gemerkt, aus der Vergangenheit wurde gelernt.“ Auch wenn die Behörden in

Maßnahmen der Landesregierung

Am 10. November 2016 wurde die Geflügelpest in M-V amtlich nachgewiesen. Daraufhin ordnete Minister Dr. Till Backhaus die landesweite Aufstallung mit Wirkung zum 14. November an. Erste Kontrollen der Veterinärämter zeigten, dass bis zu dieser Frist nicht alle Tierhalter ihren Pflichten nachgekommen sind. Deshalb räumte der Minister am 15. November eine 48-stündige Frist zur Nachmeldung ein. Seit dem 14. November wurde als weitere Vorsichtsmaßnahme ein vorübergehendes Jagdverbot für Wildvögel angeordnet.

den Landkreisen und Bundesländern beispielsweise bei der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen unterschiedliche Herangehensweisen hätten, appellierte sie daran, den jeweiligen Veterinären zu vertrauen. „Sie sind geschult und arbeiten risikobasiert.“ Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen bleibe die Situation aber „bedenklich“ – vor allem, weil die Ursachen für derartige Epidemien nach wie vor ungeklärt seien. Sie warb deshalb weiter für „Disziplin“, eine „gute Kommunikation“ und „Sensibilität“ bei allen Beteiligten. Denn Tiere zu verlieren „ist für jeden Halter neben dem rein monetären auch ein hoher emotionaler Verlust“.

Kompromiss für Klinik Wolgast?

Land kündigt Verbesserung bei Kinder- und Jugendmedizin an, lehnt Rückkehr zum Status quo ante aber ab

Wie geht es weiter mit dem Kreiskrankenhaus in Wolgast? Darüber hat der Landtag im Dezember gleich an zwei Sitzungstagen debattiert. DIE LINKE und die AfD forderten in jeweils eigenen Anträgen, die vor gut einem Jahr erfolgte Schließung der Kinder- und Geburtenstation rückgängig zu machen. Den AfD-Vorschlag, beide Anträge zusammen zu debattieren, hatten SPD, CDU und Linke abgelehnt. Einen Erfolg brachte das keinem der Anträge: SPD und CDU lehnten beide ab. Gesundheitsminister Harry Glawe kündigte jedoch an, bis Ende Januar ein Konzept für die Kinder- und Jugendmedizin in Wolgast vorzulegen. Nachfolgend sind die Positionen aus beiden Debatten zusammengefasst.

Torsten Koplín (DIE LINKE) warf der Landesregierung vor, sie habe bei der Schließung der Stationen „wie ein Taschenspieler“ mit Argumenten „getrickst“, das Vertrauen der Bürger verspielt und der Demokratie geschadet. Auch wirtschaftlich sei die Schließung ein Fiasko. Immerhin habe sie 2,5 Millionen Euro gekostet. Löblich sei, dass sich Harry Glawe als neuer Gesundheitsminister gesprächsbereiter als seine Vorgängerin zeige. Seinen Vorschlag, das Krankenhaus Wolgast mit acht Betten zur Portalklinik für Kinder- und Jugendmedizin zu machen, halte die Linksfraktion aber für ein „politisches Placebo“. Die Geburtsstation spiele bei Glawes Überlegungen überhaupt keine Rolle. Hier müsse nachgesteuert werden. Wie? Das lieferte Koplín gleich mit. „Wir kommen hier ja nicht mit leeren Händen.“ Er rief dazu auf, alle Akteure an einen Tisch zu bringen und gemeinsam Vorschläge zu entwickeln, um eine ambulante und stationäre Versorgung miteinander zu verschränken und auch Telemedizin oder ein Geburtshaus einzubinden. Für die Finanzierung kämen für ihn Gelder aus dem Innovationsfonds in Betracht. „Wie Sie



Die Bürgerinitiative aus Wolgast sammelte fast 19.000 Unterschriften für die Wiedereröffnung der Gynäkologie und Geburtshilfe sowie der Kinderklinik im Wolgaster Krankenhaus. Dieses Foto entstand am 8. März 2016 bei einer Demonstration vor dem Schweriner Schloss.

wissen, sind dort für 2016 bis 2019 jedes Jahr 300 Millionen Euro für neue Versorgungsansätze reserviert.“

Gesundheitsminister **Harry Glawe** blieb dabei: „Die medizinische Versorgung in der Region Vorpommern-Greifswald war zu keiner Zeit gefährdet und ist es auch heute nicht.“ Er verwies auf acht Klinikstandorte, sieben Tageskliniken, 30 niedergelassene Kinderärzte und 26 Gynäkologen im Landkreis. Die Bettenanzahl für die Pädiatrie liege sogar erheblich über dem Landesdurchschnitt. Hier gehe es um eine „gefühlte Unterversorgung“. Unabhängig davon werde aber an einem „modernen medizinischen Konzept“ gearbeitet, um die Notfallversorgung von Kindern und Jugendlichen am Standort Wolgast sicherzustellen. Die Pläne sehen bis zu acht Betten, eine Zusammenarbeit zwischen den Kliniken Wolgast, Greifswald und niedergelassenen Ärzten sowie telemedizinische Angebote vor. Das soll, so Glawe, Wege kurz halten und Vertrauen schaffen. Ende Januar wolle er das Konzept als Diskussionsgrundlage vorlegen. „Was wir dann brauchen, ist von beiden Seiten Kompromissbereitschaft.“ Eine Wiedereröffnung der Geburtshilfe sei dagegen nicht vorgesehen. Das Risiko wäre mit Blick auf die Geburtenzahlen „zu hoch“ und kaum „zu rechtfertigen“.

Die Schließung der beiden Stationen in Wolgast sei die Folge dessen, „dass das deutsche Gesundheitswesen immer mehr betriebswirtschaftlichen Kriterien unterworfen wird“, sagte **Dr. Gunter Jess** (AfD). Er war in der Diskussion zum Antrag der Linken für seinen Fraktionskollegen **Prof. Dr. Ralph Weber** eingesprungen. Dieser hatte zu Beginn seiner Rede

für die Missachtung des Präsidiums seinen dritten Ordnungsruf erhalten und damit sein Rederecht verwirkt. Seine Fraktion halte weder die derzeitigen Lösungen in Wolgast noch den Antrag der Linken für zielführend, so Jess. Für „eine zukunftsorientierte Lösung“ brauche es eine Bürgerkonferenz, in der „die Gesamtkonstellation“ mit Bürgern diskutiert werde. Als am Folgetag der AfD-Antrag beraten wurde, hatte Weber wieder Rederecht und beantragte eine namentliche Abstimmung. „Und Sie können ganz sicher sein, dass wir in Vorpommern deutlich verbreiten werden, wer ein Herz für Vorpommern und die Bevölkerung hat.“ Kern seines Vorschlags war „eine selbstständige Abteilung für Kinderheilkunde“ mit „zwölf Betten, einem Oberarzt und zwei angestellten Stationsärzten“. Für die Frauenheilkunde und Geburtshilfe schlug er als Kompromiss die Zusammenlegung mit der Chirurgie vor.

„Sie sind ein Schlingel!“, sagte **Jörg Heydorn** (SPD) und meinte damit Torsten Koplin. „Sie arbeiten hier mit Halbwahrheiten, wie man es besser gar nicht machen kann.“ Die Kosten für die Schließung habe er beziffert, nicht aber, woher das Geld für die Umsetzung der Wiedereröffnung kommen soll. Der Strukturfonds sei „bekannterweise kein Geld des Landes“. „Das sind Gelder aus der Krankenversicherung, die gerade für solche Situationen konzipiert worden sind.“ DIE LINKE sei beim Thema Wolgast schon immer „ganz schnell dabei“ gewesen, alles rückabwickeln zu wollen. „Fachliche Aspekte interessieren dabei nicht.“ Es gehe nur um Stimmung. Dabei müsse allen klar sein, dass jede Entscheidung, die in Wolgast wieder aufgehoben werde, zu Lasten von

Anklam und der Universitätsmedizin in Greifswald gehe. Im Übrigen schließe die Landesregierung keine Krankenhäuser oder Abteilungen. Das werde durch die Träger initiiert. „Mehr als 90 Prozent der Krankenhäuser hier sind in privater Hand.“ Da gehe es natürlich immer auch um wirtschaftliche Gesichtspunkte. In einem Punkt gebe er der Opposition aber recht: Die Frage, wie man Menschen beteiligt, die müsse noch einmal gut überdacht werden.

Dass in der Kommunikation mit der Bürgerinitiative in der Vergangenheit „nicht alles richtig gemacht wurde“, hält auch **Sebastian Ehlers** (CDU) für „unbestritten“. „Es ist deshalb ein gutes Zeichen, dass es jetzt eine neue Diskussionskultur gibt.“ Den Weg, den der neue Gesundheitsminister jetzt beschreite, halte er für „absolut richtig“ und „sehr transparent“. Hier jetzt „im vorausseilenden Gehorsam“ irgendwelche Beschlüsse zu fassen, ohne die angekündigten Gespräche mit allen Beteiligten abzuwarten, wäre unseriös. Dass am Ende nicht alle Forderungen umgesetzt werden könnten, liege auf der Hand. „Hier muss man sich aufeinander zu bewegen.“ Wenn die Linken so täten, als könne die Landesregierung oder der Landtag „per order mufti“ entscheiden, was an einzelnen Klinikstandorten geschehe, würden sie die Leute in die Irre führen. „Da gehören noch ein paar andere Planungsbeteiligte mit dazu.“ Die angesprochenen Bürgerkonferenzen seien „vom Grundsatz her eine vernünftige Idee“, bei Standortfragen zu einer Region aber kaum praxistauglich, so Ehlers. „Da bekommen Sie immer eine sehr unterschiedliche Debatte.“

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/50
Antrag AfD Drucksache 7/74 (neu)

Schulsozialarbeiter brauchen Hilfe

Landtag debattiert über das Wie / Koalition prüft Einsatz von Hortmitteln

Sie helfen, wenn Kinder Schwierigkeiten in der Schule haben, gemobbt werden, Unterstützung bei Konflikten mit Lehrern oder Eltern brauchen: Schulsozialarbeiter. Jetzt brauchen sie selbst Hilfe. Von den rund 330 Stellen werden 198 über den Europäischen Sozialfonds finanziert, die übrigen aus Restmitteln des Bildungs- und Teilhabepakets. Knackpunkt: Diese Restmittel laufen aus. Dass die Stellen nicht wegfallen dürfen, darüber sind sich Koalition und Opposition einig. Wie sie gesichert werden sollen, darüber gehen die Meinungen jedoch auseinander, wie die Aussprache zu einem Antrag von SPD/CDU und einem Antrag der Linken zeigte.

Foto: Landtag M-V



Johannes Gössling vom Landesfachverband Schulsozialarbeit übergab Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider am 18. Januar im Beisein der Abgeordneten Simone Oldenburg (2.v.l.) und Jacqueline Bernhardt (links) eine von mehreren hundert Menschen unterzeichnete Petition zur Schulsozialarbeit im Land. Beraten wird das Anliegen nun im Petitionsausschuss.

„Schulsozialarbeiter sind aus dem Schulalltag nicht mehr wegzudenken“, betonte **Christian Brade** (SPD), der den Antrag für die Regierungsfraktionen einbrachte. Die Stellen aus dem Europäischen Sozialfonds seien über den Koalitionsvertrag langfristig gesichert, „selbst wenn sich die EU ab 2021 gegen eine Weiterfinanzierung entscheidet“. „Umgehend eine Lösung“ brauche es nun aber für die Stellen, deren Mittel absehbar auslaufen. „Wir werden die Kommunen dabei nicht alleine lassen.“ Der Antrag seiner Fraktion sehe vor, ihnen mit ungenutzten Mitteln aus dem Hortbereich zur Seite zu stehen. „Deshalb bitte ich um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.“

Der Weg, den SPD und CDU gehen wollen, führt nach Ansicht von **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE) in eine Sackgasse. „Sie haben keinen Plan, wie es mit der Schulsozialarbeit weitergehen soll.“ Von einer Sicherstellung könne keine Rede sein. Es sei ja noch nicht einmal klar, ob die angekündigten Gelder überhaupt zur Verfügung stehen. „Das müssen Sie laut Antragstext doch erst noch prüfen.“ Dass die Finanzierung über das Bildungs- und Teilhabepaket „auf wackeligem Boden“ stehe, sei von Anfang an klar gewesen. Doch anstatt zu handeln, habe die Koalition Augen und Ohren verschlossen. „Nun stehen viele Stellen vor dem Aus.“ Um dem entgegenzuwirken, fordere ihre Fraktion „ein fundiertes Konzept“, das die Schulsozialarbeit „dauerhaft und flächendeckend“ sicherstelle, einen Betreuungsschlüssel festlege und das ständige Bangen um eine nachhaltige Finanzierung beende.

Das Land lasse die Schulsozialarbeit im Regen stehen? Davon könne keine Rede sein, widersprach Sozialministerin **Stefanie Drese**. Allein im Zeitraum von 2007 bis 2020 reiche es 55 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds aus. Die daraus finanzierten Stellen seien bis 2021 gesichert und hätten auch darüber hinaus „oberste Priorität“. Bei den Geldern aus dem Bildungs- und Teilhabepaket sei die Situation eine andere. Dass dieses Geld absehbar verbraucht sein werde, „ist keine böse Überraschung, sondern allen Beteiligten



Parallel zur Landtagsdebatte demonstrierten Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter vor dem Schloss für die Sicherung ihrer Arbeit.

lange bekannt“. Nichtsdestotrotz liege es auch ihr am Herzen, diese Stellen zu erhalten. „Vor Ort spielt es nämlich keine Rolle, aus welchen Mitteln die Schulsozialarbeiter finanziert werden.“ Deshalb begrüße sie die Initiative der Regierungsfractionen, die Kommunen jährlich mit 1,8 Millionen Euro zu unterstützen. An den Förderbedingungen werde sich dabei nichts ändern, kündigte sie an.

„In einem vernünftigen und gesunden Bildungssystem würde es überhaupt keiner Sozialarbeiter an Schulen bedürfen“, wandte **Holger Arppe** (AfD) ein. Dann wären Eltern die Ansprechpartner für ihre Kinder. „Natürlich sind die Realitäten andere, und davor verschließen wir keinesfalls die Augen.“ Der Antrag von SPD und CDU sei vielleicht „gut gemeint“. „Aber bekanntlich ist gut gemeint in aller Regel das Gegenteil von gut gemacht.“ Schulsozialarbeiter als Horterzieher einzusetzen, sei allein aufgrund unterschiedlicher Trägerschaften kaum umsetzbar. „Im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte könnte auf diese Art lediglich ein Schulsozialarbeiter beschäftigt werden.“ Seine Fraktion erwarte von der Landesregierung „keine kurzen Sprünge“ von Fördertopf zu Fördertopf, sondern „eine tragfähige Lösung“ mit einer „wirklich gesicherten Finanzierung und langfristigen Sicherheit für die Beschäftigten“.

Maika Friemann-Jennert (CDU) sieht bei aller Diskussion nicht nur die Landesregierung in der Pflicht. Auch die Kreise und kreisfreien Städte, die ja selbst entscheiden könnten, wie sie die Mittel verbrauchen, hätten eine „gewisse Verantwortung“ gegenüber den Schulsozialarbeitern. Der Antrag der Linken sei „gut gemeint“. Ein Konzept zu erarbeiten, würde

aber zu viel Zeit kosten. „Bis dahin wären genau die Schulsozialarbeiter weg, die aus den Bildungs- und Teilhabemitteln finanziert werden. Daher haben wir den eindeutig besseren Antrag.“ Den Haushalt auf mögliche Geldquellen zu prüfen, liege für sie in der Natur der Sache. „Bis Juni 2017 wird uns das Sozialministerium berichten, ob entsprechende Mittel genutzt werden können.“ Sie pflichtete der Opposition bei, dass Schulsozialarbeiter keine Erzieher seien. „Da sind dann gegebenenfalls noch Qualifizierungen nötig.“

Zu behaupten, von den Koalitionsfraktionen kämen nur „Lippenbekenntnisse“, sei zum „Totlachen“. „Dann scheinen Sie die Situation nicht richtig verstanden zu haben“, hielt **Jörg Heydorn** (SPD) den Linken vor. Wer eine Landesplanung fordere, ignoriere die Zuständigkeit für die Jugendhilfeplanung. Diese liege bei den örtlichen Trägern der Jugendhilfe. „Und das sind die Kreise und kreisfreien Städte.“ Er legte der Linken nahe, sich zu entscheiden, was sie eigentlich wolle. Heute ein Regionalbudget und damit mehr Handlungsspielraum für Kommunen zu fordern und morgen auf mehr Landesverantwortung zu pochen, das passe nicht zusammen. Dagegen habe die Koalition sehr wohl einen roten Faden. „Den werden wir weiter verfolgen. Und ich sage Ihnen ganz ehrlich: Die Hilfe der Linken brauchen wir dafür nicht. Kein Stück!“

Am Ende der Debatte setzten sich die Koalitionsfraktionen mit ihrem Antrag durch.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 7/85
Antrag DIE LINKE Drucksache 7/41

Wahlleute stehen fest

M-V sendet 13 Vertreter zur Wahl des neuen Bundespräsidenten

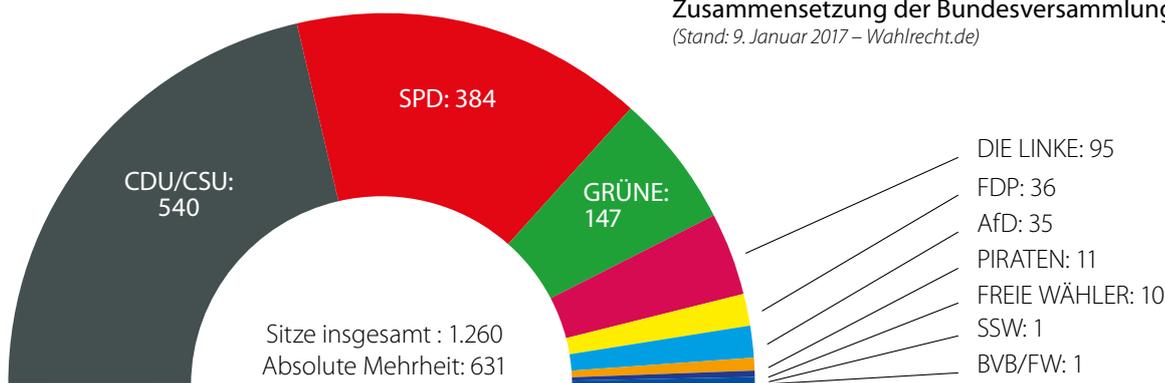
Am 12. Februar wird ein neuer Bundespräsident gewählt. Anders als in Österreich entscheidet nicht das Volk, wer das Amt übernimmt, sondern die Bundesversammlung. Diese wird allein für die Bundespräsidentenwahl gebildet und setzt sich zusammen aus den derzeit 630 Abgeordneten des Deutschen Bundestages und einer gleichen Anzahl von Wahlleuten, die von den Landtagen bestimmt werden.

Wie viele Vertreter jedes Bundesland entsenden kann, hängt von seiner Einwohnerzahl ab. In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel sind es 135, im Saarland acht. Die Delegierten müs-

sen nicht zwingend Landtagsabgeordnete sein oder in dem Land, von dem sie entsendet werden, wohnen. Die 13 Frauen und Männer für Mecklenburg-Vorpommern hat der Landtag in seiner Sitzung am 7. Dezember bestimmt. Nach dem vorgeschriebenen Proporzverfahren dürfen die Sozialdemokraten dabei fünf Wahlleute nach Berlin schicken, AfD und CDU jeweils drei und die Linken zwei.

- Wahlvorschlag SPD Drucksache 7/81
- Wahlvorschlag AfD Drucksache 7/69
- Wahlvorschlag CDU Drucksache 7/79
- Wahlvorschlag DIE LINKE Drucksache 7/70

Zur Wahl am 12. Februar stehen vier Kandidaten: Die Regierungsparteien haben auf Vorschlag der SPD den derzeitigen Außenminister **Frank-Walter Steinmeier** nominiert. Die Linken schicken Armutsforscher **Christoph Butterwegge** ins Rennen, die Freien Wähler haben Ex-TV-Richter **Alexander Hold** als Kandidaten vorgestellt. Die AfD hat ihren stellvertretenden Bundesvorsitzenden **Albrecht Glaser** benannt. Der bisherige Amtsinhaber **Joachim Gauck** kandidiert nicht für eine zweite Amtszeit.



Gewählte Delegierte aus M-V zur Bundesversammlung am 12. Februar 2017		
Name		Auf Vorschlag der Fraktion
Erwin Sellering	MdL, Ministerpräsident M-V	SPD
Thomas Krüger	MdL, Vorsitzender der SPD-Fraktion	SPD
Manuela Schwesig	Bundes-Sozialministerin	SPD
Dr. Ulrike Lehmann-Wandschneider	Stellv. Vorsitzende des SPD-Landesverbandes M-V	SPD
Ronald Keiler (Roland Kaiser)	Schlagersänger	SPD
Leif-Erik Holm	MdL, Vorsitzender der AfD-Fraktion	AfD
Christoph Grimm	MdL	AfD
Thomas de Jesus Fernandes	MdL	AfD
Lorenz Caffier	MdL, Innenminister M-V	CDU
Stefan Nimke	Bahnradsport-Olympiasieger	CDU
Beate Schlupp	MdL, 1. Vizepräsidentin des Landtages	CDU
Simone Oldenburg	MdL, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE	DIE LINKE
Marcel Falk	Bürgermeister der Gemeinde Stolpe an der Peene	DIE LINKE

Grafik Bundesversammlung (Quelle: www.wahlrecht.de)

Weitere Beschlüsse

Rundfunkstaatsvertrag

Am Rundfunkstaatsvertrag wird nicht gerüttelt. SPD, CDU und DIE LINKE haben den Plänen der AfD-Fraktion, den Vertrag zu kündigen, eine einstimmige Absage erteilt. AfD-Fraktionschef Leif-Erik Holm warf den öffentlich-rechtlichen Sendern vor, zu teuer zu sein, schlecht zu recherchieren oder Informationen gänzlich wegzulassen, und sprach von einer „Hofberichterstattung“ für die „herrschenden Parteien“. Er forderte deshalb „eine umfassende Neuordnung“. Ein Vorstoß, den die AfD auch in den neun anderen Landtagen betreibt, in denen sie vertreten ist. SPD, CDU und Linke verteidigten den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Garant für eine seriöse Berichterstattung und warfen der AfD vor, an der Pressefreiheit und Medienvielfalt rütteln zu wollen.

Antrag AfD Drucksache 7/73

Landesdatenschutzbeauftragter



Foto: Cornelius Kettler

Heinz Müller ist der neue Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit. Der von der SPD vorgeschlagene Kandidat setzte sich mit 38 Stimmen gegen Karsten Neumann durch. Dieser war von den Linken nominiert worden und erhielt elf Stimmen. Heinz Müller gehörte von 1998 bis 2016 der Landtagsfraktion der SPD an und war seit 2010 deren Parlamentarischer Geschäftsführer.

Landesverfassungsschutzgesetz

Die Parlamentarische Kontrollkommission hat jetzt nur noch fünf statt sechs Mitglieder. An der Einbindung der Opposition soll sich dadurch nichts ändern. Die Mitglieder sollen in der Januar-Sitzung des Landtages gewählt werden. DIE LINKE und AfD lehnten den Gesetzentwurf der beiden Regierungsfractionen ab. Die AfD hatte in einem eigenen Gesetzentwurf gefordert, ausdrücklich jeder Fraktion mindestens einen Sitz in der Kommission zuzugestehen. Das fand keine

Mehrheit. Damit steht der Opposition unabhängig von der Anzahl ihrer Fraktionen weiterhin insgesamt zwei Plätze zu.
Drucksachen 7/31, 7/38, 7/95 und 7/104

G10-Kommission

Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis sind Grundrechte. Festgeschrieben sind sie in Artikel 10 des Grundgesetzes. Sollen diese Grundrechte eingeschränkt werden, was nur auf Anordnung des Innenministers geschehen kann, muss die sogenannte G10-Kommission des Landtages vorher darüber informiert werden. Diese prüft dann, ob diese Eingriffe notwendig und zulässig sind. Das Gremium wird zu Beginn einer Wahlperiode für deren Dauer neu gewählt. Die vier im Landtag vertretenen Fraktionen hatten dazu einen gemeinsamen Wahlvorschlag eingereicht. Der Kommission gehören nun Jochen Schulte (SPD), Dr. Matthias Manthei (AfD), Torsten Renz (CDU) und Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE) an.

Konferenz der Ostseeparlamentarier

Der Landtag unterstützt das Anliegen der Ostseeparlamentarierkonferenz, Bildung und Arbeitsmärkte im Ostseeraum noch besser miteinander zu verknüpfen und sich stärker für einen nachhaltigen Tourismus einzusetzen. Die 180 Delegierten der Konferenz hatten Ende August in Riga eine umfangreiche Resolution dazu verabschiedet. Darin sprachen sie sich unter anderem für eine gemeinsame Beschäftigungsplattform und eine bessere Vergleichbarkeit von Qualifikationen aus.

Antrag SPD, CDU, DIE LINKE Drucksache 7/86

Landesforstanstalt

Burkhard Lenz ist in den Verwaltungsrat der Landesforstanstalt gewählt worden. Der CDU-Abgeordnete erhielt in geheimer Abstimmung 38 von 61 gültigen Stimmen – und setzte sich damit gegen Jörg Kröger (AfD, 15 Stimmen) und Dr. Wolfgang Weiß (DIE LINKE, 8 Stimmen) durch. Dem Verwaltungsrat gehören neun Mitglieder an, darunter qua Gesetz auch zwei Abgeordnete des Landtages: Burkhard Lenz, der auf Beate Schlupp (CDU) folgt, und Jörg Heydorn (SPD).

SOG-Gremium

Um Gefahren für Leib, Leben oder Freiheit abzuwehren, darf die Polizei auf richterliche Anordnung auch technische Mittel wie Bild- und Tonüberwachung einsetzen, um an personenbezogene Daten in oder aus Wohnungen oder aus Vertrauensverhältnissen zu gelangen. Über diese Einsätze müssen das Innenministerium und das Justizministerium das sogenannte SOG-Gremium des Landtages mindestens einmal jährlich informieren. Auch hier hatten SPD, AfD, CDU und DIE LINKE einen gemeinsamen Wahlvorschlag eingebracht. Die fünf gewählten Abgeordneten sind Manfred Dachner (SPD), Thomas Krüger (SPD), Nikolaus Kramer (AfD), Torsten Renz (CDU) und Peter Ritter (DIE LINKE).



In einer Sondersitzung am 10. Januar debattierte der Landtag über Terrorgefahr und innere Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern.

Foto: Jens Büttner

Wie sicher ist M-V?

AfD beantragte Sondersitzung zur Terrorgefahr

Zertrümmerte Weihnachtsbuden. Zwölf Tote. Fast 50 Verletzte. Es waren schreckliche Szenen, die sich abspielten, als ein Mann fünf Tage vor Weihnachten absichtlich mit einem Laster in einen Berliner Weihnachtsmarkt fuhr. Der mutmaßliche, inzwischen erschossene Täter: ein Tunesier, der mit mehreren Identitäten in Deutschland unterwegs war, als Gefährder galt und bereits seit längerem von Behörden überwacht worden war. Die AfD-Fraktion beantragte daraufhin eine Sondersitzung des Landtages, um über „die Sicherheitslage in Mecklenburg-Vorpommern“ zu debattieren.

Der Fall Amri offenbare „die ganze Hilflosigkeit der Behörden und einen atemberaubenden Kontrollverlust des deutschen Staates“, so **Leif-Erik Holm**, Fraktionsvorsitzender der AfD. „Deutschland war mal ein wehrhafter Rechtsstaat und ist heute zur Lachnummer verkommen“, sagte er. Anstatt rechtzeitig und konsequent zu handeln, habe nach dem Attentat „blinder Aktionismus“ eingesetzt. Innenpolitische Sicherheit

sehe anders aus: „Machen Sie Merkels offene Scheunentore wieder dicht!“, so Holm wörtlich. In ihrem „Fünf-Punkte-Programm für mehr Sicherheit“ forderte die AfD flächendeckende Grenzkontrollen, mehr Polizei, konsequentere Abschiebungen, Transitzentren an den EU-Außengrenzen sowie „speziell gesicherte Asylheime“ für all jene, die ihre Identität nicht nachweisen können.

Innenminister **Lorenz Caffier** bezeichnete die Sondersitzung als „billigen Populismus“. Die AfD nutze den Anschlag „schamlos für eigene Zwecke“ aus. Fast alles aus dem sogenannten Sicherheitskonzept sei bei der Bundesregierung oder bei CDU und CSU abgeschrieben. „Das ist peinlich“ und „kalter Kaffee“, so Caffier. Bund und Land hätten längst auf die steigende Terrorgefahr reagiert. Viele der geforderten Maßnahmen wurden oder werden bereits umgesetzt, so der Minister. „Sicherheitspolitik ist schon ein bisschen mehr als etwas copy and paste.“ Trotz aller Vorkehrungen ließen sich Anschläge jedoch „nicht vollständig ausschließen“. Auch in Mecklenburg-Vorpommern gebe es Islamisten, Salafisten und radikale Muslime. „Ich versichere Ihnen aber: Wir werden alles in unserer Macht stehende unternehmen, um zu verhindern, dass eine Gefahr von diesen Personen ausgeht. Hinweise auf konkrete Anschläge liegen uns jedoch nicht vor.“

Foto: Jens Büttner



Nach dem Terroranschlag in Berlin wurden die Sicherheitsvorkehrungen auf den Weihnachtsmärkten in M-V verschärft.

Wer das Attentat von Berlin für eigene politische Zwecke instrumentalisiere, „handelt verantwortungslos und verhöhnt die Opfer“, sagte **Dirk Friedriszik** (SPD). Er verwies darauf, dass Deutschland bei den Maßnahmen gegen Terror nicht am Anfang stehe. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 habe es viele gesetzliche Maßnahmen gegeben, die Deutschland sicherer gemacht hätten. Jetzt gelte es, „sorgfältig zu analysieren“, inwiefern die Behörden zusätzliche Befugnisse bräuchten und ob das bisherige rechtliche Instrumentarium ausreiche. „Alle diese Fragen sollten wir aber nicht in unbesonnener Hektik, sondern mit klarem Verstand beraten.“

Ann Christin von Allwörden (CDU) warnte davor, die Terrorgefahr mit der Flüchtlingskrise gleichzusetzen. Auch wenn die AfD ein anderes Bild zu zeichnen versuche: Deutschland sei nicht erst seit 2016 im Visier von Terroristen. Seit 2000 habe es mindestens 15 Anschläge oder Anschlagversuche gegeben. Die meisten seien von Sicherheitsbehörden verhindert worden. Damit diese auch weiterhin zuverlässig arbeiten können, brauche es mehr Personal, moderne Schutzausrüstung und Technik. „Wir sind dabei in Mecklenburg-Vorpommern auf einem sehr guten Weg.“ Bewegung müsse jetzt aber auch in die Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen, die Vorratsdatenspeicherung und Funkwellenabfrage kommen. „Wir können doch nicht ernsthaft den Ermittlungsbehörden solch wichtige Ermittlungsinstrumente mit dem Hinweis auf ein Datenschutzrecht des Terroristen vorenthalten“, betonte von Allwörden.

Video und Publikation



In der zweistündigen Aussprache ergriffen noch Nikolaus Kramer, Enrico Komning (beide AfD), Manfred Dachner (SPD) und Torsten Renz (CDU) das Wort. Die vollständige Debatte können Sie sich auf dem youtube-Kanal des Landtages ansehen oder als Wortprotokoll in der Parlamentsdatenbankunter www.landtag-mv.de nachlesen.

Würde es der AfD tatsächlich um die Sicherheitslage gehen, wäre sie anders mit dem Thema umgegangen, befand **Peter Ritter** (DIE LINKE). Dann hätte sie das Thema zunächst zur fachlichen Diskussion in den Innenausschuss geholt. Stattdessen gaukele sie mit einer medienwirksamen Sondersitzung und ihrem Fünf-Punkte-Plan nur Sicherheit vor. Bevor über schärfere Gesetze gesprochen werde, müssten erst einmal alle Umstände des Anschlags aufgeklärt werden: Wie könne jemand, der überwacht werde, zu einem Massenmörder werden? Auf Fragen wie diese gebe es bislang keine Antwort. Für ihn liege hier ein Versagen der Behörden nahe. Allein über Sicherheit zu diskutieren, werde dem Thema außerdem nicht gerecht. Auch die Ursachen für den Terror müssten bekämpft werden, so Ritter. „Schluss mit Kampfeinsätzen in aller Welt! Schluss mit Waffenexporten in alle Krisenherde der Welt!“

Sturmschäden an der Ostseeküste

Landtag beschließt Millionen-Soforthilfe

Zur Beseitigung der Schäden, die die Sturmflut Anfang Januar an der Ostseeküste angerichtet hat, stellt das Land bis zu 25 Millionen Euro Soforthilfe bereit. Das hat der Landtag in seiner Sondersitzung am 10. Januar nach einem Dringlichkeitsantrag von SPD und CDU einstimmig beschlossen.

25 Millionen – das sind 15 Millionen mehr, als Umweltminister Dr. Till Backhaus bereits unmittelbar nach der Sturmflut angekündigt hatte. Bis zu zehn Millionen Euro sollen aus dem Umweltministerium kommen, jeweils fünf Millionen aus den Ressorts Wirtschaft und Inneres. Gedacht ist das Geld für Schäden an öffentlichen Hochwasserschutzanlagen, öffentlichen touristischen Bauwerken und Stränden sowie an kommunalem Eigentum. Auch die betroffenen Kommunen sollen an den Kosten beteiligt werden. In welcher Höhe, das lässt der Antrag offen. Ein Änderungsantrag der AfD, auch privat oder geschäftlich Geschädigte mit öffentlichen Geldern zu unterstützen, fand keine Mehrheit. In der ersten Januarwoche hatte eine Sturmflut schwere Schäden an der Ostseeküste angerichtet. Besonders betroffen waren Zempin auf Usedom, Binz auf Rügen, die Region Prerow-Zingst auf der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst sowie der Bereich Rostock-Graal-Müritz.

*Antrag SPD/CDU Drucksache 7/134
Änderungsantrag AfD Drucksache 7/135*

Ein Jahr, viele Erfahrungen

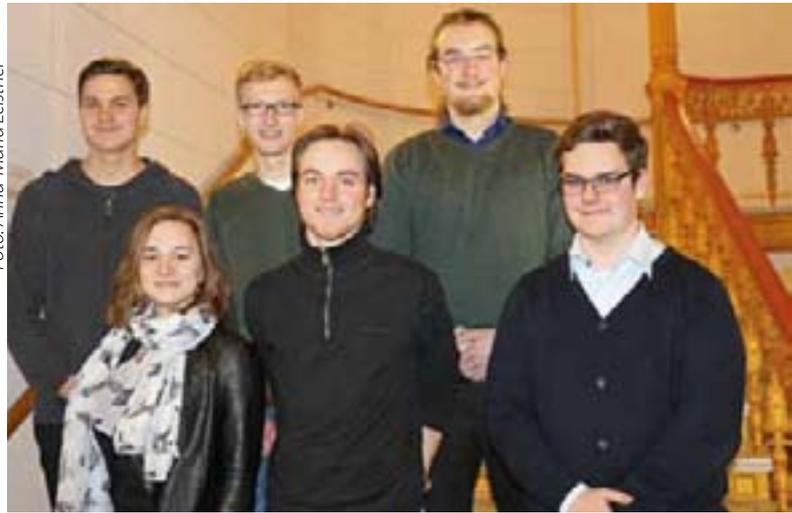
Sechs junge Erwachsene absolvieren ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) im Landtag

Schulabsolventen bietet sich heutzutage ein breites Spektrum an Möglichkeiten. Viele entscheiden sich dafür, zwischen Schulabschluss und Beginn des Studiums/der Ausbildung etwas anderes, Neues zu probieren – und dabei auch sich selbst auszutesten.

„Von der einen Schulbank auf die nächste wäre wahrlich nichts für mich gewesen: Ich brauchte mal – zumindest für ein Jahr – etwas völlig anderes“, erklärt Steven Hartig, der ein FSJ in der Fraktion DIE LINKE absolviert. Das Angebot eines Freiwilligen Soziales Jahres kongruiert mit den Interessen der jungen Erwachsenen: Sie wollen neue Erfahrungen sammeln, sich orientieren, aber auch Verantwortung übernehmen. „Meine Kolleginnen und Kollegen nehmen mich ernst, trauen mir viel zu und übertragen mir Verantwortung. Langeweile – bislang Fehlanzeige“, so Steven.

Seit 2008 bietet der Landtag jungen Leuten ein Freiwilliges Soziales Jahr an. Das Angebot hat sich bewährt, denn auch die Freiwilligen geben etwas zurück und bereichern die Arbeit. Während Steven, Lorenz, Christian, Lea und Tom einer Tätigkeit mit den Schwerpunkten Politik und Demokratie nachgehen, ist Martin im Bereich der Kunsthistorik und Denkmalpflege rund um das Schloss tätig. „Nach dem Abitur wollte ich außerschulische Erfahrungen in einem neuen

Foto: Anna-Maria Leistner



Absolvieren im Landtag ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) – v.l. Steven Hartig, Lea Hein, Christian Winter, Lorenz Mäck, Martin Funk, Tom Detmann.

Umfeld mit historischem Bezug sammeln“, begründet der 20-Jährige seine Entscheidung für die FSJ-Stelle im Schloss.

Während sich das FSJ in den Bereichen Umwelt und Soziales schon seit langem etabliert hat, bieten nur einige Bundesländer auch im Bereich Politik und Demokratie ein FSJ an. Eine gute Gelegenheit, nach erfolgreichem Schulabschluss die thematische Veränderung mit der räumlichen zu verknüpfen. „Am Anfang stand natürlich die Idee, hinter die Kulissen der Politik zu schauen. Aber auch MV und die Aussicht auf Selbstständigkeit so 800 km von Ulm entfernt waren verlockend“, sagt etwa Lorenz aus der SPD-Fraktion.

Noch bis zum 31. August werden die sechs Freiwilligen die Zeit nutzen, um Neues kennenzulernen, sich aktiv einzubringen und Erfahrungen zu sammeln, die Ihnen auf ihrem weiteren Lebensweg helfen.

Autor: Christian Winter

www.ijgd.de

Wer macht Was?

Lea Hein (Landtagsverwaltung – Europa- und Rechtsausschuss)

Ich werde in die Vor- und Nachbereitung der Ausschusssitzungen mit einbezogen, zu denen Protokolle und Berichte angefertigt werden. Außerdem habe ich viel mit englischsprachigen Texten zu tun, da der Ausschuss auch für internationale Angelegenheiten verantwortlich ist. Dann ist es meine Aufgabe, diese zu übersetzen, zusammenzufassen oder anderweitig zu bearbeiten.

Steven Hartig (Fraktion DIE LINKE)

Meine Aufgaben in der Fraktion sind äußerst vielfältig und ändern sich praktisch wöchentlich. Mal unterstütze ich unsere Referentinnen und Referenten in der fachlichen Arbeit, begleite die Abgeordneten zu Besuchergruppen oder wähle mich – wie jetzt zum Thema der Volksbefragungen – eigenständig durch Gesetzestexte und Verfassungsgerichtsurteile. Gerne helfe ich auch unserer Pressesprecherin und übe mich im Verfassen von Pressemeldungen.

Lorenz Mäck (SPD-Fraktion)

Offiziell bin ich innerhalb der Fraktion der Pressestelle unterstellt. In der Praxis ist die Bandbreite meiner Arbeit groß: Sie reicht von Post- und Transportdiensten für Abgeordnete und andere Fraktionsmitarbeiter hin zu inhaltlicher Recherche oder Diensten für die Fachreferenten. Zurzeit bin ich in nicht unerheblichem Maße in die Datenerhebung strategischer Kommunikation involviert und erkunde somit die digitalen Weiten der Parteienlandschaft bundesweit.

Christian Winter (Landtagsverwaltung Stabsgruppe)

In den vier Referaten der Stabsgruppe bin ich in verschiedenen Bereichen tätig: So führe ich Besuchergruppen durch den Landtag, erstelle für Jugendliche eine Bildungsschrift über die Arbeit des Parlaments, beteilige mich an der Konzeption neuer Digitalformate und werde mit Rechercheaufgaben betraut. Neben diesen „aktiven“ Tätigkeiten wohne ich verschiedenen Veranstaltungen (etwa Gespräch mit Buchautorin, Direktorenkonferenz) bei und evaluiere diese.

Martin Funk (Landtagsverwaltung – Welterbe)

Zu meinen Aufgaben gehört u.a. das selbstständige Erarbeiten von Informatonstexten für die Weltkulturerbe-Website nach wissenschaftlichen Standards. Hierfür konnte ich im Landeshauptarchiv die betreffenden Akten einsehen und transkribieren. Außerdem erstelle ich eine Liste mit Welterbestätten, die für die Vergleichsstudie der Schweriner Bewerbung wichtig sind. Im neuen Jahr kam nun mehr Verwaltungsarbeit hinzu. Zurzeit bereite ich meine ersten eigenen Schlossführungen vor, Schwerpunkt ist dabei der historische Hintergrund.

Tom Detmann (CDU-Fraktion)

Als Freiwilliger in der CDU-Landtagsfraktion arbeite ich täglich an neuen spannenden Aufgaben, wie zum Beispiel dem Schreiben von Vermerken zu verschiedensten Themen, durch die ich die fraktionsinterne und parlamentarische Arbeit hautnah miterlebe. Gerade der Besuch in Ausschüssen ist eine sehr gute Möglichkeit, den Weg der politischen Entscheidungsfindung aus einem anderen Licht zu sehen.



Fotos: Landtag M-V



Fotos: Uwe Sinnacker



„Christus segne dieses Haus“ – die traditionelle Inschrift „20*C+M+B*17 (Christus mansionem benedicat) prangt auch am Eingang des Schweriner Schlosses. Eine Sternsinger-Gruppe aus Schwerin besuchte am 17. Januar den Landtag und wurde von Sylvia Bretschneider empfangen. Die Parlamentspräsidentin lobte die Kinder für ihr Engagement – stellvertretend für die vielen hundert Mädchen und Jungen, die beim traditionellen Dreikönigssingen Geld für Not leidende Kinder in armen Ländern gesammelt haben. Der Leitgedanke der Sternsinger-Aktion lautete diesmal „Gemeinsam für Gottes Schöpfung - In Kenia und weltweit“. Die Sternsinger wollten damit auf die schwerwiegenden Folgen des Klimawandels für die Kinder in Kenia aufmerksam machen. In Mecklenburg-Vorpommern haben etwa 1.000 Kinder und Jugendliche bei der Aktion mitgemacht und mehr als 140.000 Euro gesammelt. Mit dem Geld sollen u.a. Projekte zur Wasserversorgung und zur Krankheitsvorsorge unterstützt werden. Der traditionelle Sternsinger-Empfang, zu dem der Landtag alljährlich weit über 100 Sternsinger aus dem ganzen Land ins Schweriner Schloss einlädt, konnte in diesem Jahr wegen der umfangreichen Bauarbeiten nicht stattfinden. Dafür können sich die Kinder schon auf 2018 freuen – dann im neuen Plenarsaal!

Auftakt für das traditionelle Weihnachtsfest des Landtages am 8. Dezember war wieder ein Konzert in der Schweriner Schlosskirche. Diesmal stimmte der MontagsChor aus Rostock unter Leitung von Tilman Fröhlich die rund 300 Gäste – jetzige und ehemalige Abgeordneten, Vertreter von Vereinen und Verbänden sowie Mitarbeiter des Landtages und der Fraktionen – auf die Festtage ein. Beim anschließenden Weihnachtsmarkt im Schloss-Innenhof war Gelegenheit für Begegnungen und Gespräche jenseits des Alltagshektik. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider überreichte drei weitere Demokratie-Aktien des Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“. Mit den Spenden der Stadtwerke Schwerin (2.500 €), der „Glashäger Brunnen GmbH“ Bad Doberan (500 €) und des Steuerberaters Martin Rachow aus Schwerin (500 €) werden Initiativen und Aktionen für Demokratie und Toleranz in M-V unterstützt.